
Beschlussprotokoll des Parteitags der SP Schweiz

26./27. Oktober 2024 in Davos

Vorsitz: Tom Cassee (Generalsekretär der SP Schweiz)

Protokoll: Regula Schweizer und Pia Wildberger

Anwesend: 440 Delegierte und über 100 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte und Begrüssungen

Der Parteitag wird von Tom Cassee, Generalsekretär der SP Schweiz, eröffnet.

Es folgt ein Grusswort von Julia Müller, Parteipräsidentin SP Kanton Graubünden und Philipp Wilhelm, Landammann von Davos.

Davos hat sich zu einer kleinen linken Hochburg entwickelt. Wilhelm heisst die Genoss:innen auch im Namen der Regierung von Davos willkommen. Nach 100 Jahren wurde 2021 das Proporz-Wahlsystem eingeführt. Das führte dazu, dass die SP zur zweitgrössten Fraktion wurde – auch dank vielen neuen Frauen. Aus Sicht von Wilhelm gelang es, einen Green Deal für GR aufgleisen, die Kultur wurde gefördert, die Kinderbetreuung verbessert. Auch an der Basis sieht es gut aus, wir konnten das Gemeindepräsidium von Landquart erobern. Wilhelm benennt auch die grossen Herausforderungen, etwa Wohnungsnot.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

Mitteilungen

Das Kongresszentrum Davos ist das erste, klimaneutrale Kongresszentrum in der Schweiz.

Tom Cassee stellt das Gender-Watch-Protokoll des Parteitags vom 24. Februar in Grand-Saconnex vor. Das Ergebnis ist zufriedenstellend, fifty-fifty bei den Wortmeldungen, die Männer sprachen ein bisschen länger.

Tom Cassee weist darauf hin, dass am Parteitag Fotos gemacht werden.

Begrüssung Internationale Gäste und Ehrengäste

Tom Cassee begrüsst die zahlreichen internationalen Gäste, die den Weg nach Davos gefunden haben, darunter Markus Töns, Mitglied des Deutschen Bundestags. Als Berichterstatter ist er im Europaausschuss des Deutschen Bundestags für die Schweiz zuständig. Des Weiteren werden die beiden Ehrengäste Christoph Berger, ehem. Generalsekretär der SP Schweiz und Jacqueline Fehr begrüsst, ehem. Präsidentin der SP Frauen und Vizepräsidentin der SP Schweiz sowie heutige Regierungsrätin des Kantons Zürich.

Genehmigung der Geschäftsordnung

Redezeitbeschränkung

Gemäss der allgemeinen Geschäftsordnung des Parteitags gilt eine Redezeitbeschränkung von drei Minuten. Die Redezeit beträgt 3 Minuten. Bei Verspätung kann die Redezeit via Ordnungsantrag auf 2 Minuten verkürzt werden. Es werden alle gebeten, sich bereits im Vorfeld darauf vorzubereiten.

Redner:innenliste

Es gibt keine Beschränkung der Redner:innenliste.

Wahlen

Auf die Antragsfrist ist kein Antrag auf geheime Wahlen eingegangen, daher werden die Wahlen offen und in globo durchgeführt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf eines Traktandums müssen vor Beginn des Traktandums eingereicht werden. Ordnungsanträge können kurz begründet werden. Danach gibt der:die Vorsitzende eine Stellungnahme ab, danach wird abgestimmt.

Wortmeldezettel

Wortmeldungen müssen vor Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden! Sie müssen auf dem Podium geholt und auch dort wieder abgegeben werden! Auch Antragsteller:innen müssen einen Wortmeldezettel ausfüllen.

Beschluss des Parteitags: Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

Wahl der Stimmzähler:innen

Die Liste mit den Namen wird vorgelesen.

Sektor	Stimmzähler:innen	Stellvertretungen
1	Mehdy Henrioud	Manuel Herculano Lisboa
2	Martin Pfister	Dominique Hausser
3	Ivo Braunschweiger	Rosalina Müller
4	Ali Grencer	Rafael Mörgeli
5	Beatrice Maher	Hugo Fisch
6	Andreas Berz	Charlotte Günther
7	Christian Oberholzer	Fabio Casertano
8	Barbara Kern	Jasmine Bosshard

Beschluss des Parteitags: Die Stimmzähler:innen werden gemäss vorgelesener Liste gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Karin Mader und Andreas Weibel werden vorgeschlagen.

Beschluss des Parteitags: Karin Mader und Andreas Weibel werden gewählt.

Wahl Präsident:in des Wahlbüros

Dario Schai wird vorgeschlagen.

Beschluss des Parteitags: Dario Schai wird gewählt.

Genehmigung definitive Traktandenliste

Beschluss des Parteitags: Die Traktandenliste wird genehmigt.

3. Protokoll des Parteitags vom 24. Februar 2024 in Grand-Saconnex

Das Protokoll des Parteitags vom 24. Februar 2024 in Grand-Saconnex wurde im Internet publiziert (https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2023/05/Final_Protokoll_PT_Februar_Genf_24-1.pdf). Danke an Sophie Glaser und Jonas Bischofberger fürs Verfassen.

Beschluss des Parteitags: Das Protokoll wird genehmigt.

4. Begrüssung und Rede von Mattea Meyer und Cédric Wermuth

Cédric Wermuth, Co-Präsident der SP Schweiz, thematisiert die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Schweiz. Er kritisiert scharf die restriktive Haltung der bürgerlichen Parteien gegenüber Kriegsflüchtlingen, insbesondere die Entscheidung des Nationalrats, den Familiennachzug von Kriegsflüchtlingen zu verbieten, was er als unmenschlich bezeichnet. Wermuth spricht zudem über die aktuellen finanziellen Ressourcen der Schweiz und verurteilt die bürgerliche Politik der angeblichen Sparzwänge als einseitige Umverteilung zulasten der Schwächeren. In Bezug auf den Konflikt im Nahen Osten bekräftigt er das sozialdemokratische Bekenntnis zu Menschlichkeit und gegenseitigem Respekt und fordert einen sofortigen Waffenstillstand. Abschliessend betont Wermuth die Erfolge der sozialen Bewegungen und ruft dazu auf, für ein solidarisches, würdiges Leben für alle einzustehen.

Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz, kritisiert die politische Haltung der rechten Mehrheit und bürgerlichen Parteien in der Schweiz, die sie als geringschätzig und unsolidarisch bezeichnet. Sie führt Beispiele an, in denen die FDP und die SVP Interessen reicher und mächtiger Kreise verteidigen, während Familien, Rentner:innen und sozial Schwächere benachteiligt werden. Meyer verurteilt insbesondere die SVP-Initiative gegen die «10 Millionen Schweiz», welche ausländische Arbeitskräfte instrumentalisiert, sowie die FDP-Politik, die gesellschaftliche Solidarität untergräbt. Sie verweist auf die knapp gescheiterte Prämien-Entlastungs-Initiative und den Erfolg der 13. AHV-Rente als Zeichen für mehr Solidarität. Zudem kritisiert sie Umweltpolitik und Verkehrsprojekte, die von den Interessen der Wirtschaftseliten geprägt sind, und verspricht, dem entgegenzuwirken. Abschliessend betont sie die Bedeutung einer sozialen und solidarischen Schweiz, für die die SP weiterhin eintreten wird.

5. Politische Aktualitäten

Aufruf zur Demonstration zum Auftakt der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen am 23. November 2024 in Bern.

Tamara Funicello prangert die systematische Gewalt gegen Frauen und FLINTA-Personen an. Beispiele sexualisierter, häuslicher und geschlechterspezifischer Gewalt verdeutlichen,

dass es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Problem handelt. Immer wieder erleben Frauen Ignoranz von Polizei, Justiz und Medien, die oftmals Täterschutz betreiben und Opfer beschuldigen. Auch in politischen Debatten wird das Ausmass der Gewalt oft heruntergespielt oder ignoriert. Tamara fordert einen Wandel und ruft zu einem entschlossenen Widerstand auf, symbolisiert durch die geplante Demonstration am 23. November. Es geht darum, den Opfern Gehör zu verschaffen und echte Veränderung zu fordern: weg von Waffenausgaben hin zu mehr Unterstützung für Betroffene.

R-1 der SP Frauen: Für einen umfassenden und effektiven Opferschutz

Die SP und die SP-Frauen fordern:

- Ausreichend Schutzplätze für Gewaltbetroffene, eine nachhaltige Finanzierung von Schutzunterkünften und Beratungsstellen der Opferhilfe.
- Flächendeckende Bekanntmachung der Unterstützungsangebote für Betroffene von Gewalt und dass alle Schutz und Hilfe erhalten, die diese benötigen.
- Schweizweiten niederschweligen und diskriminierungsfreien Zugang zu Beratungsstellen und Schutzunterkünften.

Meli del Fabro: Fordert mehr Opferschutz für non-binäre und queere Personen.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Einstimmige Annahme.

6. Rede Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider würdigte die Bedeutung des Treffens als Ort für politische Ideen und Zusammenhalt. Baume-Schneider betonte die aktuellen Herausforderungen wie die Krise des Multilateralismus, den wachsenden sozialen Unmut und rechtsgerichtete Verschiebungen im politischen System, die viele Errungenschaften der Sozialdemokratie bedrohen. Trotz der schwierigen Zeiten äusserte sie Optimismus und rief zu einer solidarischen Politik auf, die Chancengleichheit und soziale Sicherheit fördert.

Ein wichtiger Teil ihrer Rede widmete sie der Altersvorsorge. Die 13. AHV-Rente sei ein bedeutender Fortschritt, deren Finanzierung jedoch noch unsicher ist. Sie sprach sich für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik aus und forderte, dass Investitionen in Bildung, Forschung und erneuerbare Energien als langfristige Vorteile angesehen werden sollten, statt nur als Kosten. Zudem betonte sie die Notwendigkeit einer gerechten Gesundheitsreform, die Kosten entlastet und die Qualität beibehält.

Abschliessend plädierte sie für eine integrative Gesellschaft und hob die Bedeutung von Inklusion hervor. Die Schweiz müsse Menschen mit Behinderungen besseren Zugang zum sozialen Leben und Arbeitsmarkt gewähren.

7. Positionspapier der SP Schweiz Klassenkampf von oben beenden, Zukunftsbremse lösen: eine Finanzpolitik für Kaufkraft, soziale Gerechtigkeit und Zukunft

Einführung

Es werden Ausschnitte aus einem Interview mit Bundesrätin Karin Keller Sutter eingespielt.

Moderation: Valérie Piller Carrard

Baptiste Hurni: Die Finanzen der Eidgenossenschaft stehen gut, auch wenn dies öffentlich oft anders dargestellt wird. Die Finanzministerin arbeitet mit Tricks, um Defizite hervorzuheben und Sparprogramme zu rechtfertigen, während positive Ergebnisse im Hintergrund verschwinden. 2023 wurde ein Finanzierungsdefizit von 1,4 Milliarden Franken gemeldet, obwohl der operative Ergebnisbericht einen Gewinn von 877 Millionen Franken ausweist. Diese selektive Darstellung dient dazu, in sozialen Bereichen Leistungen wie Bildung, Kultur und Umweltschutz zu kürzen, während das Armeebudget massiv steigt.

Ein weiteres Beispiel ist die Kombination aus ordentlichem und ausserordentlichem Finanzierungssaldo, die je nach Ergebnis unterschiedlich kommuniziert wird: Ist der ausserordentliche Saldo negativ, wird er hervorgehoben, ist er positiv, bleibt er unerwähnt. Dies zeigt, wie die öffentliche Wahrnehmung durch geschickt orchestrierte Kommunikation manipuliert wird. Tatsächlich hat die Schweiz eine starke Wirtschaft, die Steuereinnahmen steigen stärker als erwartet, und die Ausgaben sind niedriger als geplant. Der operative Gewinn war 2023 positiv und wird es auch 2024 sein.

Die Schweiz gehört laut der OECD zu den führenden Ländern mit den geringsten Defiziten und einer sehr niedrigen Verschuldung – Rang vier im internationalen Vergleich. Einschliesslich kantonaler und kommunaler Finanzen ist das Land sogar vermögend. Dennoch wird eine ultraliberale Agenda verfolgt, die staatliche Leistungen abbaut und die Militärausgaben erhöht. Diese Politik ist weder notwendig noch gerechtfertigt und schadet der Bevölkerung, die auf staatliche Dienstleistungen angewiesen ist. Es braucht eine alternative Finanzpolitik, die den sozialen Zusammenhalt stärkt und die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Es gilt, diese verantwortungslose Sparpolitik zu bekämpfen und eine gerechtere Zukunft zu gestalten.

Ursula Zybach: Entgegen den Behauptungen von Bundesrätin Karin Keller-Suter hat die Schweiz ein Einnahmenproblem. Die Gründe: Erstens, Kürzung der Einnahmen durch Schaffung von Privilegien, beispielsweise durch die Abschaffung der Kapitalsteuer 1998, (drei Milliarden Franken pro Jahr brutto), durch die Senkung der Abgabe auf Börsengeschäfte, durch die Abschaffung der Emissionsabgaben auf Fremdkapital, die Senkung der Unternehmungssteuer/Staf (zwei Milliarden Franken) usw. Zweitens, fehlende Steuerehrlichkeit im ganz grossen Stil. Wir gehen davon aus, dass durch das inländische Bankgeheimnis rund 500 Milliarden Franken an Vermögen am Fiskus vorbei geht. Drittens, Steuerabzüge als verkehrte Subventionen. Die Eidgenössische Steuerverwaltung stellte fest, dass Steuervergünstigungen jene Gruppen begünstigt, nämlich die Reichsten, für welche die Massnah-

men nie gedacht waren (Kosten für den Bund: jährlich 17 bis 21 Milliarden Franken). Viertens, die Schuldenbremse des Bundes. Hier richten sich die jährlich zulässigen Ausgaben nach den Einnahmen. Das führt dazu, dass Ausgaben gekürzt und viele Investitionen dadurch verhindert werden. In der Expertengruppe unter der Leitung von Serge Gaillard wurde klar bürgerlich argumentiert und als einzige Frau war unsere ehemalige Nationalrätin Ursula Schneider-Schüttel dabei. Es wurden in allen Themen Kürzungen und Anpassungen per 2027 vorgeschlagen. Es werden alle darunter leiden, ausser die Landwirtschaftspolitik. Warum? Es war in der Gruppe niemand dabei, die:der die Landwirtschaftspolitik durchschaut hätte. Der Bundesrat hat entschieden, dass man gewisse Vorschläge direkt anpacken kann. So sollen die Massnahmen, die im CO2 Gesetz festgehalten sind und im nächsten Jahr umgesetzt werden sollen, sistiert werden. Die Massnahmen der Kommission würden jedoch erst 2027 greifen. Die SP wird seitens der Finanzkommission versuchen, die Kreditsperre mit parlamentarischen Mitteln zu verhindern.

In der Fraktion und in der Finanzkommission tun wir - Sarah Wyss als Präsidentin, Tamara Funicello, Laurence Fehlmann-Rielle und Cédric Wermuth - alles, um die Schuldenbremse zu verändern und die wichtigen Themen zu stärken.

Behandlung der Anträge und Diskussion

A-1 Sandro Covo und andere

Die Schuldenbremse soll nicht modernisiert, sondern abgeschafft werden. Die Schuldenbremse ist antidemokratisch, es handelt sich um pseudoökonomische Glaubenssätze. Sie ist in ganz Europa für marode Infrastrukturen und fehlende Innovation verantwortlich. Sie verstärkt die Ungleichheit, führt zu politischer Spaltung und hilft dem Aufstieg der extremen Rechten. Sie ist im Kern ein Instrument gegen die Demokratie, gegen die Sozialdemokratie. Wir müssen demokratiefeindliche Instrumente nicht modernisieren, wir müssen sie abschaffen.

Clara Bonk: Die schmerzhaften Konsequenzen der Schuldenbremse bemerken wir alle, der Bund will massiv sparen, wo es wehtut. Wir müssen dagegen kämpfen. Da reicht es nicht, kleine Schritte zu machen. Wir dürfen uns auch nicht einfach an der politischen Durchsetzbarkeit orientieren. Wir müssen unsere Überzeugungen ins Zentrum stellen. In unserem Antrag streichen wir die Modernisierung nicht gänzlich aus dem Papier, doch ist langfristig die Abschaffung der Schuldenbremse folgerichtig. Modernisieren ist gut, abschaffen ist besser, und zwar langfristig.

Céline Widmer: Ich bitte euch, den Antrag abzulehnen und dem Präsidium zu folgen. So wie die Schuldenbremse von den Bürgerlichen ausgelegt wird, sind wir damit nicht einverstanden. Die Schuldenbremse besagt bloss, dass der Bund seine Ausgaben und Einnahmen auf die Dauer im Gleichgewicht hält. Das bedeutet nicht, dass die Schweiz nicht antizyklisch agieren und keine Schulden machen darf. 2001 haben 85 Prozent der Schweizer:innen die Schuldenbremse angenommen. Ich bin überzeugt, dass das Schweizer Volk damit wollte, dass eine langfristig vernünftige Finanzpolitik zum Wohle der Menschen etabliert wird. Die

Bürgerlichen legen die Schuldenbremse heute jedoch anders aus. Sie brauchen die Schuldenbremse als Vorwand für ihre Steuer- und Finanzpolitik. Wir wollen eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Finanzpolitik, und dafür müssen wir die Schuldenbremse modernisieren.

Walter Langenegger: Die Schuldenbremse schadet dem Gemeinwohl, vertieft soziale Ungleichheit und folgt einer neoliberalen Ideologie, die Demokratie entwertet. Sie wird nicht antizyklisch angewendet und erweist sich als politisches Übel. Statt sie zu reparieren, fordern wir ihre klare Abschaffung. Dies wäre ein starkes Zeichen gegen die bürgerliche Mehrheitspolitik und eine Bekräftigung ihrer Rolle als einzig echte Opposition. Die Sozialdemokratie muss klare Positionen vertreten, auch wenn sie gegen alle anderen steht, und der Bevölkerung zeigen, dass sie für Alternativen eintritt. Haltung und Glaubwürdigkeit sind essenziell, um den Schaden der Schuldenbremse offen zu benennen.

Nicola Siegrist: Die Schuldenbremse und die Steuersenkungen für die Reichsten sind Produkte einer neoliberalen Konterrevolution und führen zu massiven Kürzungen, die Fortschritte in Gemeinden, Kantonen und Bund zerstören. Das aktuelle Sparpaket ist ein «Kürzungshammer» gegen den Fortschritt. Die Schuldenbremse wirkt in Kombination mit Steuergeschenken als reaktionäres Instrument und behindert Investitionen in soziale, feministische und globale Verantwortung. Als Partei müssen wir klarstellen: Die Schuldenbremse schadet der breiten Bevölkerung und muss abgeschafft werden, um Lebensgrundlagen und Fortschritt zu sichern. Der Wind hat sich gedreht – jetzt ist der Zeitpunkt für Veränderung!

Jacqueline Badran: Ergreift das Wort für das Präsidium. Der Staat kann nicht wie die Privatwirtschaft auf Konjunkturschwankungen reagieren, da essenzielle Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Soziales unabhängig von der Wirtschaftslage erbracht werden müssen. In Krisenzeiten muss der Staat antizyklisch handeln und seine Nachfrage erhöhen, um den Rückgang des privaten Konsums auszugleichen. Dafür braucht er finanzielle Reserven. Schulden sind dabei problematisch, da sie oft die Reichen begünstigen, die überproportional von Staatsobligationen profitieren, während die Allgemeinheit über Steuern den Schuldendienst finanziert. Höhere Schuldzinsen schränken zudem den Handlungsspielraum ein, wie das Beispiel Deutschland zeigt. Das Präsidium plädiert daher für eine Reform der Schuldenbremse, nicht für ihre Abschaffung. Eine längere Fristsetzung und die Berücksichtigung der Einnahmeseite sind notwendig, um dem Staat den Spielraum für sinnvolle Investitionen zu sichern, ohne die Krise zu verschärfen.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Begründung: Der Antrag besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil argumentieren die Antragsteller:innen klassisch keynesianisch gemäss der Nachfragesog-Theorie. Unter Bedingungen der Knappheit würden, so Keynes, die Preise steigen, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt. Dadurch würden nachgelagert neue Lohnforderungen ausgelöst, die wiederum Preissteigerungen nach sich ziehen (Lohn-Preis-Spirale). Diese Inflationserklärung greift zu kurz, insbesondere aber blendet sie aus, dass Preise nicht «steigen», sondern von den Produzent:innen bewusst erhöht werden. In den vergangenen Jahren konnte beobachtet werden, wie die Knappheit, bei der Ukraine- und der Coronakrise ausgenutzt wurden, um Überprofite zu erzielen. Diese Debatte scheint uns aktueller, die Formulierung des Präsidiums präziser.

Im zweiten Teil schlagen die Antragsteller:innen vor, nicht nur die Modernisierung der Schuldenbremse zu fordern, sondern gleich deren Abschaffung. Das Präsidium hält auf Grund der politischen Durchsetzbarkeit an seiner Version fest.

Das Präsidium schlägt vor, in jedem Fall separat über die beiden Teile des Antrags abzustimmen.

Beschluss des Parteitags:

Teil 1 (Nachfragesog-Theorie): Annahme.

Teil 2 (Abschaffung der Schuldenbremse): Annahme bei 193 JA zu 129 NEIN bei 16 Enthaltungen.

A-2 Leandra Columberg und andere

Fordert die Ausschüttung der SNB-Gewinne. Auch bei moderaten Verlusten wären Gewinnausschüttungen möglich, stattdessen wachsen die Rückstellungen. Dies ist eine Umverteilung zugunsten der Banken, während die Bevölkerung leer ausgeht. Daher soll ein neues Kapitel in das Papier eingefügt werden, wonach die Gewinne der SNB dem Volk gehören und ausgeschüttet werden sollen. Der Antrag ist kompakt gehalten und soll inhaltlich Teil des Papiers werden.

Mia Jenni: Die soziale Schweiz wird radikal ausgebremst. Die SNB bildet eines der Herzstücke der Finanzpolitik. Die Ausschüttungen der SNB sollen die Kantone und Bund stabilisieren. Doch stattdessen wird gespart. Es braucht Mindestausschüttungen für Bund und Kantone.

David Roth: spricht für das Präsidium und plädiert für Ablehnung. Wenn der Fokus auf die SNB gelegt wird, wird man uns vorwerfen, dass das Papier nicht vollständig sei, denn es fehlen noch andere, ebenso wichtige Aspekte, wie etwa der Umgang mit dem globalen Süden, was ebenfalls zur sozialdemokratischen Finanzpolitik gehört.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Begründung: Das vorliegende Papier ist bewusst auf die engere Finanzpolitik beschränkt. Die Debatte um die Rolle der Nationalbank und ihre Ausschüttungspolitik ist zwar durchaus wünschenswert, aber nicht Teil des vorliegenden Papiers. Das Präsidium schlägt vor die Rolle der Nationalbank und allenfalls auch Forderungen nach einer Governance-Reform in einem separaten Papier zu behandeln. Dies kann auch bei einer Annahme des Antrags geschehen. Falls der Antrag angenommen wird, sollte das aktuelle Kapitel 7 (neu 8) in der Schlussredaktion mit einer entsprechenden Forderung ergänzt werden:

Die Gewinne der Nationalbank gehören dem Volk. Die Vereinbarung mit der SNB über die Gewinnausschüttung muss reformiert und die Gewinnverwendung der Verfassung gemäss ausgestaltet werden. Die SP Schweiz fordert die Rückkehr zu einer garantierten Mindestausschüttung an Bund und Kantone, wie das früher der Fall war.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung mit 177 NEIN gegen 138 JA, 10 Enthaltungen.

A-3 Michael Olivo

Keine Diskussion

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Modifizierte Annahme.

Formulierungsvorschlag Präsidium:

c. Eine Reduktion der Abzugsfähigkeit für die Säule 3a (1,1 Mrd. Franken, geschätzt), des Versicherungsprämienabzugs (1 Mrd. Franken) und des Pendlerabzugs bei der direkten Bundessteuer würden ebenfalls bedeutende Zusatzeinnahmen generieren. Die SP schlägt vor, dass bei diesen und vergleichbaren Abzügen das Bruttoeinkommen der einzelnen, steuerpflichtigen Person berücksichtigt wird. Bei steigendem Bruttoeinkommen soll die Abzugsfähigkeit progressiv abnehmen und ab einer bestimmten Grenze komplett auf null sinken.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

A-4 Sandro Covo und andere

Mika Moana: Gleichstellung und Wohlstand korrelieren in der Schweiz nicht. Finanzpolitik ist auch Gleichstellungspolitik, und genau bei der Gleichstellung will der Bundesrat kürzen. Das macht die Erfolge der feministischen Bewegung der letzten Legislatur zunichte. Setzen wir ein Zeichen und nehmen wir das Genderbudgeting in das Papier auf.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Modifizierte Annahme.

Begründung: Der Hinweis der Antragsteller:innen auf die ungleiche Wirkung von Abbau-massnahmen ist korrekt. Allerdings passt die prospektive Forderung nach Genderbudgeting kaum in einen Forderungskatalog im Hinblick auf die unmittelbar anstehenden Auseinandersetzungen um das Bundesbudget, resp. sie wird ihrer Tragweite kaum gerecht. Das Präsidium schlägt deshalb eine verschärfte Variante vor:

5. Die SP Schweiz fordert eine Überprüfung der Wirkung der diversen angedachten Abbau-massnahmen auf die Geschlechter und die Gleichstellungspolitik. Auf Massnahmen, die insbesondere und überproportional Frauen und genderqueere Menschen betreffen, ist generell zu verzichten. Die SP Schweiz verlangt, dass die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Geschlechter zukünftig bei neuen Gesetzesvorlagen und insbesondere finanzpolitischen Entscheiden zwingend ausgewiesen und berücksichtigt werden müssen.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

Bevor es zur Schlussabstimmung geht, hält Cédric Wermuth ein kurzes Schlusswort.

Cédric Wermuth: Was will die SP mit diesem Papier? Finanzpolitik ist keine präzise Wissenschaft, sie spiegelt die ideologischen Interessen. Finanzpolitik ist eine Verteilungsfrage. Die Schuldenbremse wurde in den 1990er Jahre diskutiert und kurz darauf eingeführt. Da die Bürgerlichen den Ausbau des Sozialstaats nicht wollten, der sich als Folge der Gleichstellungspolitik ankündigte, wurde die Schuldenbremse eingeführt. Doch Klimapolitik und eine echte Gleichstellungspolitik brauchen öffentliche Investitionen. Dafür setzen wir uns stetig

ein. Doch Widerstand an der Urne wird nötig sein, und dafür werden wir auf eure Unterstützung angewiesen sein.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

8. Statuarische Geschäfte

Rechnung 2023

Grosser Dank an Finanzchefin Karin Mader für die Zusammenstellung der Zahlen.

Da Zeitrahmen stimmt, wird Traktandum 16 vom Sonntag auf den Samstag vorgezogen, Wortmeldungen sind entsprechend vorzuziehen.

Empfehlung Parteirat: Genehmigung Rechnung 2023.

Beschluss des Parteitags: Annahme mit einzelnen Enthaltungen.

Verabschiedung Nicola Siegrist aus dem Präsidium

Cédric Wermuth verabschiedet Nicola mit Dank und hebt hervor, was Nicola auszeichnet: Die Fähigkeit zum Balanceakt zwischen Juso und Kantonsparlament. Die Zusammenarbeit im Präsidium mit der JUSO unter Nicola führte zu Auseinandersetzungen, die das gegenseitige Vertrauen stärkten. Nicola war das Gewissen der Klimapolitik im Präsidium und vertrat diese Position im Präsidium immer wieder.

Nicola Siegrist dankt für die konstruktive Zusammenarbeit sowie die teils harten Diskussionen. Er hebt die Initiative für eine Zukunft als einzige klassenkämpferische Initiative zur Bekämpfung der Klimakrise hervor. Er dankt für die Unterstützung an den Parteitagen und warnt davor, den Rechten oder gar dem Faschismus die Hand zu reichen. Es braucht im Gegenteil mehr demokratischen Sozialismus und Solidarität.

Cédric Wermuth heisst Mirjam Hostetmann als neue Präsidentin der JUSO im Präsidium willkommen.

Gesamterneuerungswahlen Präsidium

Wiederwahl Co-Präsidium der SP Schweiz

Mattea und Cédric blicken zurück auf die letzten vier Jahre; Mattea erinnert an die gute Zusammenarbeit mit Cédric. Die Schweiz sozialer zu gestalten, ist mit dem Rechtsruck noch anstrengender geworden. Sie danken der Fraktion und den Mitgliedern, die sich für die soziale Schweiz einsetzen, und sie danken dem Sekretariat, die alle gemeinsam für die Erfolge verantwortlich sind. Die Ziele für die Wahlen 2023 wurden erreicht ebenso einige Abstimmungen gewonnen, doch das reicht nicht. Das Co-Präsidium stellt sich daher für weitere zwei Jahre zur Verfügung.

Beschluss des Parteitags: Mattea Meyer und Cédric Wermuth werden per Akklamation gewählt.

Wahl der Vizepräsident:innen der SP Schweiz

Baptiste Hurni, Ständerat aus dem Kanton Neuenburg, hat für den freiwerdenden Sitz im Vizepräsidium seine Kandidatur eingereicht und verweist auf die Unterlagen.

Alle bisherigen Vizepräsident:innen stellen sich zur Wiederwahl: Jacqueline Badran, Valérie Piller Carrard, Jon Pult und David Roth.

Jacqueline Badran will sich weiterhin für eine soziale Bodenpolitik einsetzen und die Generation ü46 im Präsidium vertreten.

Valérie Piller Carrard will weiterhin die Familienpolitik (Krippeninitiative, Umsetzung 13. AHV-Rente, Konkretisierung der Vorschläge) ins Präsidium tragen und sich gegen bürgerliche Politik erheben.

Jon Pult brennt für alle unsere Themen, aber will im Präsidium in Zukunft noch stärker die Klimapolitik einbringen und sich für eine Europapolitik einsetzen.

David Roth will weiter die Innerschweiz und als Kantonalpräsident die Kantone und als Gewerkschafter die Arbeitnehmer:innen vertreten.

Beschluss des Parteitags: Jacqueline Badran, Valérie Piller Carrard, Baptiste Hurni, Jon Pult und David Roth werden einstimmig und in Globo gewählt.

Das Co-Präsidium dankt und drückt seine Freude aus.

Wahl der zehn frei gewählten Mitglieder des Parteirats

Manuel Zwyszig als Leiter des Parteirats führt in die Herausforderungen und das Programm des Parteirats ein.

Andrea Scheck weist daraufhin, dass zwei Frauen und ein Mann zurücktreten, sich jedoch drei Männer zu Wahl stellen, was dazu führt, dass die Mandate nicht geschlechtergerecht verteilt sind. Andrea hofft, dass wir bei der nächstmöglichen Gelegenheit eine ausgeglichene Delegation in den Parteirat werden wählen können.

Tom Cassee: Der Parteirat wird mit 40 Frauen, 43 Männern und einer nonbinären Person besetzt sein, sofern die Kandidierenden gewählt werden.

Für die 10 frei gewählten Mitglieder des Parteirats liegen 10 Bewerbungen vor. Neu bewerben sich: Christoph Baumann, Leo Keller und Dimitri Witzig.

Für eine weitere Amtszeit von zwei Jahren kandidieren Sina Eggimann, Felix Hoesch, Carlo Lepori, Hannah Pfalzgraf, Onaï Reymond, Nenad Stojanovic und Renato Werndli.

Christoph Baumann: Wir vertreten die Mitglieder am Parteirat, der 84 Mitglieder zählt und vier bis sechs Mal jährlich zusammenkommt. Er beklagt die teilweise mangelnde Teilnahme an den Sitzungen und ruft die Mitglieder dazu auf, dafür zu sorgen, dass die Vertreter:innen auch an den Parteiratssitzungen teilnehmen.

Tom Cassee dankt allen, die nicht mehr antreten für ihre Arbeit: Nadia Kuhn, Robin Jolissaint und Aresu Rabani.

Alle Kandidierenden – neue und bisherige – werden auf die Bühne gebeten.

Leo Keller: Die SP zählt rund 800 Exponentinnen in den Gemeinden und Kantonen sowie rund 2000 Kantons- und Einwohnerräte. Diese Leute möchte ich fachlich unterstützen und die Sicht der Themenkommissionen in den Parteirat einbringen.

Hanna Pfalzgraf: Meine aktive Zeit in der JUSO ist vorbei, aber nun möchte ich mich im Parteirat einbringen und das ändern, was mich stört.

Sina Eggmann: Menschen mit Behinderungen sind in der Politik untervertreten. Darum möchte ich deren Vertretung im Parteirat stärken.

Felix Hoesch: setzt sich für Verkehrs- und Umweltpolitik ein und möchte diese Sicht aus Zürich in den Parteirat tragen.

Onai Raymond möchte neoliberale Anliegen der Gegenseite bekämpfen und gestalterische Kraft der SP wie 13. AHV-Rente stärken.

Renato Werdli vertritt die Generation ü70 und setzt sich fürs Gesundheitswesen und für Tierrechte ein.

Carlo Lepori möchte die Arbeit in der Parteiratsleitung und in der Arbeitsgruppe für die Weiterentwicklung des Parteirats weiterführen.

Nenad Stojanovic möchte sich als Vertreter der lateinischen Schweiz im Parteirat einsetzen.

Dimitri Witzig will sich als Jurist gegen die Asylhetze von rechts einsetzen.

Beschluss des Parteitags: Die zehn frei gewählten Mitglieder des Parteirats werden per Akklamation in Globo gewählt.

Das Vorziehen von Traktandum 16 wird bei einzelnen Enthaltungen genehmigt.

Tom Cassee ruft dazu auf, Wortmeldezettel abzugeben.

Video-Input von Jon Pult zum Autobahnausbau

Am Parteitag in Davos ruft die SP dazu auf, gegen das geplante 5,3-Milliarden-Franken-Projekt zur Erweiterung der Autobahnen zu stimmen. Diese Investition ist fehlgeleitet, besonders angesichts der Klimaziele, die bis 2050 netto-null Emissionen anstreben. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass mehr Autobahnkapazitäten lediglich zu mehr Verkehr führen und so die Probleme verschärfen. Die SP fordert daher eine zukunftsgerichtete Verkehrs- und Klimapolitik und lehnt die Milliarden-Ausgaben für grössere Autobahnen ab.

9. Genehmigung Berichte

Jahresbericht 2023

Der Jahresbericht liegt in neuer Form vor und ist auf der Website der SP Schweiz aufgeschaltet.

Beschluss des Parteitags: Der Jahresbericht 2023 wird genehmigt.

Bericht des Parteirats und politischer Ausblick

Beschluss des Parteitags: Der Bericht des Parteirats und der politische Ausblick werden genehmigt.

10. Anträge

A-1 Diverser SP-Sektionen und Neueinreichung des unveränderten Antrags A-1: Die SP fordert die schnelle und entschiedene Umsetzung des Stromgesetzes auch durch die Kantone und Gemeinden

Leo Keller: Dank Stromgesetz sollen 35 Terawatt Strom bis in 11 Jahren durch erneuerbare Energien produziert werden. Erneuerbare Energien müssen doppelt so schnell zugebaut werden wie heute. Der Bund hat die Rahmenbedingungen definiert, doch umsetzen müssen das Stromgesetz die Kantone und Gemeinden. Die Kantone stehen in der Pflicht, doch sie sind sich dessen nicht bewusst, und habe die Aufgabe an ihre Elektrizitätswerke abgegeben.

Conrad Brunner: Wir möchten den Start beschleunigen. Deshalb: Die SP-Mitglieder in Regierungen, Räten und Gemeinden sollen befähigt werden, die Umsetzung des Stromgesetzes kompetent begleiten zu können und dafür zu sorgen, dass die Umsetzung sozialverträglich erfolgt. Die Kantone und Gemeinden sollen eine Vorbildrolle in der Installierung von PVC-Anlagen übernehmen. Es sind 7 Punkte, die wir direkt aus dem Stromgesetz ableiten, und wir haben sie um drei Punkte ergänzt. Für diesen vorliegenden 10-Punkte-Plan bitten wir um ein entsprechendes Mandat.

Die SP-Mitglieder in Regierungen, Räten und Gemeinden sollen befähigt werden, die Umsetzung des Stromgesetzes kompetent zu begleiten und dafür zu sorgen, dass die Umsetzung sozialverträglich erfolgt. Dafür haben wir einen 10-Punkte-Plan erstellt und bitten um ein entsprechendes Mandat.

Bruno Storni: Es sind die Kantone und Gemeinden, die diese Massnahmen umsetzen müssen. Die Einspeisetarife müssen respektiert werden. Es ist klar: Die Elektrizitätswerke haben bis anhin die Stromkund:innen als Milchkühe betrachtet, die gemolken werden können. Nun müssen die Elektrizitätswerke aktiv werden und ihr Verhalten von Grund auf ändern.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Die SP Schweiz teilt das Anliegen des Antrags, dass das Stromgesetz rasch umgesetzt und der Ausbau erneuerbarer Energien schnellstmöglich vorangehen muss. Aus diesem Grund hat sich die SP Schweiz stark für das Stromgesetz und den Solarexpress eingesetzt. Das Stromgesetz tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Einer Verstärkung der Koordinationsbemühungen steht das Präsidium positiv gegenüber. Dem Präsidium ist es dennoch ein Anliegen, dass die zahlreichen bereits laufenden Anstrengungen im Rahmen verschiedener Gremien der SP Schweiz und insbesondere der Kantonalparteien und Sektionen angemessen gewürdigt werden. Wir weisen deshalb die etwas pauschal formulierte Kritik an den «politischen Akteuren» zurück. Nach der gewonnenen Volksabstimmung sollten wir Kantone und Gemeinden sowie unsere Sektionen positiv unterstützen.

Das Präsidium weist darauf hin, dass die Formulierung des Antrages die statutarisch geregelten Zuständigkeiten zwischen den Organen der SP Schweiz und insbesondere die Rolle des Parteirates verletzt (vgl. (Artikel 15, Abs. 8 lit. q und r, Art. 21 Abs. 4 sowie Reglement für die Themenkommissionen der SP Schweiz). Deshalb soll das Anliegen im Rahmen der ordentlichen Arbeiten der Themenkommission «Umwelt, Energie und Raumplanung» aufgenommen werden. Das Präsidium wird den entsprechenden Auftrag zur Umsetzung an den Parteirat und die Themenkommission weitergeben. Genau dafür wurden die Themenkommissionen eingerichtet. Die Einrichtung einer separaten Plattform wäre, sollte dies die Meinung des Antrags sein, weder zielführend noch ressourcenschonend.

Beschluss des Parteitags: Annahme.**A-2 Diverser SP-Sektionen: Die Schweiz muss das Klima-Urteil des EGMR jetzt umsetzen**

Leo Keller: National- und Ständerat wollen das Klima-Urteil des EGMR nicht akzeptieren. Die Schweiz muss jedoch mehr tun. Der Fachausschuss Energie und Klima der SP AG hat den renommierten Juristen Andreas Zünd eingeladen, das Urteil zu beurteilen. Fazit: Die Schweiz muss einen klaren Absenkpfad definieren und bestimmen, wie viel CO₂ noch ausgestossen werden soll. Das 1,5-Grad-Ziel muss eingehalten werden. Und dafür muss die Schweiz Massnahmen beschliessen. Sie muss deren Umsetzung definieren, überwachen und Ergebnisse veröffentlichen.

Jean Tschopp: Klimaschutzmassnahmen sind dringend. Die Schweiz erwärmt sich doppelt so stark wie der globale Durchschnitt, und das Pariser Abkommen verlangt eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C sowie Klimaneutralität bis 2050. Dazu braucht es klare Pläne, messbare Zwischenziele und Investitionen in erneuerbare Energien, öffentlichen Verkehr und Kreislaufwirtschaft. Die ärmsten Bevölkerungsgruppen sind zudem am stärksten von den Auswirkungen der CO₂-Emissionen betroffen. Zudem weisen wir die Kritik an der Europäischen Menschenrechtskonvention durch Parteien wie die SVP scharf zurück, da sie Demokratie und Grundrechte gefährdet. Die Umsetzung des Urteils der Menschenrechtskonvention zum Klimaschutz erachten wir als essenziell.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Die SP Schweiz wird sich überall im Sinne der im Antrag ausformulierten Ziele einsetzen.

Beschluss des Parteitags: Annahme

16. Unterstützung von Initiativen

Unterstützung der Volksinitiative für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags

Video-Input von Micheline Calmy-Rey: Alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey warnt angesichts global wachsender Konflikte und zunehmender Aufrüstung vor den Gefahren der nuklearen Abschreckung. Sie plädiert für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen, die sie als unbrauchbar, unmoralisch und völkerrechtswidrig betrachtet. Die Schweiz als Hüterin der Genfer Konventionen blickt auf eine Tradition der Abrüstung und friedlichen Konfliktlösung zurück, die weitergeführt werden muss. Calmy-Rey fordert die SP auf, sich aktiv für den Atomwaffenverbotsvertrag einzusetzen und die Schweiz zur Ratifizierung zu bewegen, im Einklang mit den Grundwerten der Partei für Frieden, Freiheit und Recht.

Carlo Sommaruga kritisiert die nukleare Bedrohung durch 9500 Atomwaffen, darunter taktische Sprengköpfe, die Regionen zerstören und die Zivilbevölkerung wahllos töten. Solche Waffen verstossen gegen die Genfer Konventionen. Die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons ICAN, die den Friedensnobelpreis erhielt, führte 2017 zur Annahme des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen durch die UN-Generalversammlung. Die Schweiz stimmte damals zu, verweigert aber unter Bundesrat Ignazio Cassis die Ratifizierung, trotz Zustimmung des Parlaments. Atomwaffen widersprechen humanitärem Recht und den ausenpolitischen Zielen der Schweiz. 94 Länder haben den Vertrag unterzeichnet, 73 ratifiziert. Der Bundesrat soll handeln und den Vertrag ratifizieren. Die SP ruft dazu auf, die Volksinitiative für mehr Frieden und Sicherheit zu unterstützen. Bislang wurden 26'000 Unterschriften gesammelt; weitere Anstrengungen sind notwendig, um die Initiative erfolgreich abzuschliessen.

Empfehlung des Parteirats: Unterstützung zur Lancierung der Initiative (2/3-Mehrheit).

Beschluss des Parteitags: Annahme mit 1 Enthaltung.

A-3: Fabian Molina und andere: Unterstützung der Volksinitiative «Für gentechnikfreie Lebensmittel (Lebensmittelschutz-Initiative)»

Fabian Molina: Das Gentechmoratorium wurde um weitere zwei Jahre verlängert, innert dieser Frist muss nun jedoch eine Lösung für neue Gentechniken (Crispr-Cas) gefunden werden. Crispr-Cas soll gemäss Bundesrat Rösti nicht als Gentechnik gelten. Dies bietet grosse Gefahren. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im globalen Süden benötigen weiterhin Zugriff auf die Züchtungen, um Lebensmittel zu produzieren. Über Gentechnik und Patente wird

dieser freie Zugang eingeschränkt. Als Standort von Syngenta müssen wir Regeln erlassen, die sicherstellen, dass der freie Zugang zu Pflanzen und Saatgut gewährleistet bleibt. Wenn Crispr-Cas frei zugelassen wird, betrifft das auch den Konsum in der Schweiz, denn die Haftungsfrage bleibt offen, ebenso werden die Folgen nicht überprüft.

Samuel Bendahan: Das Präsidium empfiehlt Annahme. Was geschieht, wenn wir diese Initiative nicht annehmen? Gentechnisch veränderte Organismen können in Umlauf gesetzt werden, ohne dass die Risiken überprüft werden, und die Risiken sind kolossal. Die Initiative will, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel entsprechend gekennzeichnet werden müssen, was ohne Initiative nicht gemacht wird. Konsument:innen wissen dann also nicht, was sie konsumieren. Wenn risikoreiche Techniken angewendet werden, muss auch die Haftung dafür übernommen werden. Wenn sich nicht mehr nachweisen lässt, was gentechnisch verändert ist, können alle Pflanzen mit Patenten belegt werden – eine schreckliche Vorstellung. Die Interessen der Menschen müssen in jedem Fall vor Profit gehen.

Empfehlung des Präsidiums: Unterstützung zur Lancierung der Initiative (2/3-Mehrheit).

Beschluss des Parteitags: Annahme bei 4 Enthaltungen.

11. Div. Mitteilungen

Ein paar organisatorische Hinweise: Die Delegierten werden gebeten, für das Gruppenfoto in den Vorraum zu gehen. Anschliessend gibt es Apéro. Ein grosses Dankeschön gilt dem Kanton Graubünden und Heinz Kunz aus Fläsch. Wir werden seinen Wein seines Bio-Weinguts Gatluzi trinken.

Pause zwischen 19 und 20 Uhr. Ab 19.45 ist der Einlass für das Parteitagsfest.

Hinweis auf die Zeitumstellung auf Winterzeit in der Nacht auf Sonntag.

12. Eröffnungsgeschäfte

Tom Cassee heisst alle willkommen.

Kurzinput Solifonds

Yvonne Zimmermann von Solifonds stellt die Kampagne der Teeplückerinnen in Sri Lanka vor, die sich gegen katastrophale, ausbeuterische Arbeitsbedingungen wehren. Ihr GAV wurde gekündigt; die Mindestpflückmengen wurden durch die Unternehmen massiv erhöht. Die Teeplückerinnen fordern einen Mindestlohn, Trinkwasser und sanitäre Anlagen auf den Plantagen. Die Empfehlungen des im Herbst einberufenen «Tribunals» sollen mit einer Petition unterstützt werden – Bitte, Solifonds und Petition für bessere Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

14. Positionspapier der SP Schweiz Arzneimittelkrise: SP fordert Public-Pharma-Strategie

Einführung

Valérie Piller Carrard: Dank an Beat Ringger für die Ausarbeitung des Papiers. Es geht um den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und Arzneimitteln. Es herrscht eine Arzneimittelkrise, die sich weltweit in den letzten Jahren verschärft hat. Es gibt immer weniger Antibiotika, bewährte Medikamente fehlen auf dem Markt, während sehr teure Medikamente entwickelt werden. Die Preise steigen massiv, was dazu führt, dass nicht alle Zugang zu Medikamenten haben. Die Pharmaindustrie zieht sich aus der Forschung für weniger rentable Gebiete zurück. Wir fordern daher den Kauf von Sandoz durch den Bund, damit die Versorgung mit den wichtigsten Arzneimitteln sichergestellt ist. Dies lässt sich mit Mitteln der Nationalbank finanzieren. Zudem soll die Entwicklung von Antibiotika und Medikamenten gegen «vernachlässigte» Krankheiten unterstützt werden. So wäre auch die Transparenz in der Preisgestaltung für Arzneimittel gewährleistet, ebenso der Zugang zu neuen Technologien. Gefordert ist auch die internationale Solidarität für eine gerechte Arzneimittelherstellung.

Beat Ringger hält fest, dass die Besorgnis der Bevölkerung in Bezug auf die Arzneimittelversorgung und die Aufmerksamkeit der Politik sehr weit auseinanderklaffen. Bislang hat sich die Politik, auch die linke, einzig um die Preise gekümmert. Heute beeinflussen jedoch Finanzmarktakteure mit hohen Profiterwartungen die Pharmaindustrie massiv. Allein in den letzten drei Jahren haben die Aktienrückkäufe von Novartis und Roche 46 Mrd. Franken gekostet. So bedienen die Pharmaunternehmen ihre Shareholder. Mit dieser Summe könnte die Arzneimittelversorgung weltweit verbessert werden. Es ist verlogen zu behaupten, die Pharma benötige hohe Arzneimittelpreise, um die Forschung und Entwicklung zu finanzieren – das stimmt nur noch teilweise, denn die Pharmaindustrie muss heute vor allem die Finanzmärkte bedienen.

Die Lieferengpässe sind ein neues Phänomen. Heute fehlt jedes 13. rezeptpflichtige Medikament, es handelt sich um eine grosse Krise, die sich laufend verschärft. Nun gerät Sandoz auch in den Sog, nur noch hochprofitable Bereiche zu bewirtschaften. Gleichzeitig sterben jährlich 5 Mio. Menschen wegen Antibiotika-Resistenzen, und die Pharmaindustrie tut (fast) nichts dagegen. Die Preise für die neusten Medikamente sind gemäss einer deutschen Untersuchung innerhalb von vier Jahren von durchschnittlich 5000 Euro pro Packung auf 40'000 Franken gestiegen. Deshalb müssen wir eingreifen, muss die öffentliche Hand aktiv werden und dafür sorgen, dass die Bevölkerung mit Medikamenten versorgt werden kann. Wir dürfen nicht mehr als Zuschauende am Spielfeldrand stehen und über Spielregeln nachdenken, sondern wir müssen selbst aktiv ins Spiel eingreifen. Darum soll Sandoz vom Bund gekauft werden, für 15 bis 16 Mrd. Franken, finanziert durch ein Darlehen der SNB, die der Öffentlichkeit sowieso Geld schuldet. Das würde die Dynamik der ganzen Pharmabranche und der Arzneimittelversorgung grundlegend ändern. Die Versorgung mit Arzneimitteln soll eine öffentliche Aufgabe werden.

Behandlung der Anträge und Diskussion

Tom Cassee begrüsst Bundesrat Beat Jans.

A-1: Andreas Burger für SP Kanton Zürich (Rückweisungsantrag)

Andreas Burger: Spricht sich für einen Rückweisungsantrag aus. Es ist unbestritten, dass es eine Krise mit der Versorgung von Medikamenten und deren Grundstoffen gibt. Dasselbe gilt für die Forschung. Es ist korrekt: Wir müssen das politisch thematisieren. Es ist aber unglücklich, dies mit diesem Papier zu tun. Es fehlt eine seriöse Analyse der Situation, einzelne Themen werden bloss anekdotisch angesprochen, sie werden in den Forderungen nicht aufgenommen und diese kommen sehr vage daher. Wir sind der Meinung: Wir wollen dieses Thema politisch besetzen, wir wollen ein Papier dazu entwickeln. Eine seriöse Analyse ist unabdingbar, und danach werden klare konkrete politische Ziele gesetzt. Wir beantragen deshalb die Zurückweisung, verbunden mit einem entsprechenden Auftrag an die Kommissionen, ein Positionspapier zu schreiben.

Mattea Meyer fürs Präsidium: Ich bitte euch, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Das Positionspapier ist in mehreren Sitzungen zusammen mit den entsprechenden Kommissionen diskutiert worden, und zwar in der Endversion auch mit Gesundheitsfachpersonen wie Apotheker:innen, Ärzt:innen, Wissenschaftler:innen. Das Papier liefert eine fundierte Analyse. Pharmakonzerne funktionieren nach der Profitlogik in einem Bereich, wo wir Menschen verletzlich sind, weil es um unsere Gesundheit geht. Wir müssen aus dieser Abhängigkeit rauskommen, nicht nur was die Preise angeht, sondern auch, woran geforscht wird. Das Papier ist glaubwürdig und konkret in den Antworten und Forderungen. Ja, es wird in einem bürgerlichen Parlament nicht einfach sein, das alles durchzusetzen. Aber dann hätten auch ganz viele andere Forderungen von uns, die auf sozialdemokratischen Werten beruhen, keine Chancen. Ich bitte euch deshalb, den Rückweisungsantrag abzulehnen und uns damit allen die Möglichkeit zu geben, eine konstruktive Debatte zu führen und es am Schluss verabschieden zu können.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Begründung: Das vorliegende Positionspapier ist in mehreren Sitzungen und Calls mit der zuständigen Themenkommission «Soziale Gerechtigkeit und Gesundheit», interessierten Mitgliedern des Parteirats und weiteren Expert:innen diskutiert und in seiner Struktur und seinen zentralen Argumenten überwiegend gutgeheissen worden. Die Austauschrunden haben wertvolle Beiträge zu dieser Endversion geliefert.

Das Papier erläutert, in welchem Ausmass die Finanzmärkte in den letzten zwanzig Jahren das Diktat über die Pharmabranche übernommen haben, und welche Folgen dies für die Arzneimittelversorgung hat. Es macht konkrete Vorschläge, wie die Politik darauf reagieren soll.

Die im Positionspapier vorgenommenen Schwerpunktsetzungen sind bewusst gewählt und entsprechen den drängendsten Problemen. So steht bewusst auch die konkrete Forderung im Fokus, der Bund solle Sandoz aufkaufen und zu einer gemeinnützigen 'Apotheke für die Welt' weiterentwickeln.

Dem Antrag ist insofern Rechnung zu tragen, als die SPS mit dem Positionspapier ein neues Themenfeld aufspannt, das bisher nur sporadisch bearbeitet worden ist. Bei einer Annahme des Positionspapiers durch den Parteitag wird die Parteileitung einen entsprechenden Arbeitsrahmen schaffen, der eine kontinuierliche Bearbeitung der Arzneimittelthematik durch die SP Schweiz sichert.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung.

A-2: SP Frauen Schweiz

Die SP-Frauen verzichten auf eine Stellungnahme.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

A-3: Max Kranich (SP queer), Luca Dahinden (SP Zürich 3), Ste Locher (SP queer), Roger Widtmann (SP queer), Jonas Keller (SP 11), Mia Jenni (SP Obersiggenthal), Mario Huber (SP queer)

Auf eine Stellungnahme wird verzichtet.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme bei vereinzelt Gegenstimmen und Enthaltungen.

A-4: Andrea Lüchinger und andere

Antragstellende sind mit der modifizierten Annahme einverstanden und verzichten auf Stellungnahme.

Empfehlung des Präsidiums: mod. Annahme mit folgender Formulierung:

Die männlichen Bias in der Forschung und Entwicklung von Medikamenten muss überwunden werden. Frauen, Kinder, aufgrund ihrer Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung marginalisierte Gruppen und für die jeweilige Krankheit besonders anfällige Personen sind bei der Entwicklung und insbesondere in den klinischen Studien angemessen zu berücksichtigen.

Begründung: Wie im Antrag A-4 erläutert, führt der männliche Bias bei der Entwicklung neuer Medikamente zu erheblichen Problemen. Zum Beispiel ist dies bei der Festlegung der angemessenen Dosierung eines Medikamentes der Fall, die sich erst in den klinischen Studien ermitteln lässt und die zwischen Frauen und Männern, Erwachsenen und Kindern, Gesunden und bereits Erkrankten erheblich variieren kann. In den klinischen Studien sind Männer in der Regel stark übervertreten. Frauen, marginalisierte Gruppen, Kinder und Krankheitsbetroffene werden hingegen oft vernachlässigt. Es empfiehlt sich, im Positionspapier alle diese Betroffenen explizit aufzuführen.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

A-5: Andreas Burger für SP Kanton Zürich

Andreas Burger: Über die Zielsetzung sind wir uns einig. Wir wollen eine gemeinnützige Institution schaffen, welche im Bereich der Arzneimittel produziert und forscht. Der Weg – der Aufkauf einer Firma zum Börsenwert – bedeutet, dass wir den Kapitaleigentümer:innen dieser Firmen einen grossen, völlig risikofreien Gewinn verschaffen. Die Börsenkapitalisierung ist nicht gleichzusetzen mit dem inneren Wert einer Firma. Wir wollen als öffentliche Firma Produktionsanlagen und Angestellte, welche produzieren. Wir wollen auf keinen Fall die Gewinnerwartungen der heutigen Kapitaleigentümer:innen finanzieren. Und deshalb glauben wir, der einzige Weg ist die Gründung einer eigenen öffentlichen, gemeinnützigen Firma. Er führt dazu, dass wir tiefere Kosten haben und keine Verpflichtung eingehen, die Abgeltung der Kapitaleigentümer:innen in die Preispolitik der Medikamente miteinbeziehen zu müssen und damit das Ziel viel besser erreichen werden. Ich danke euch sehr, wenn ihr diesen eigenständigen Weg der günstigen gemeinnützigen Produktion unterstützt.

Barbara Gysi für das Präsidium, sie vertritt auch ihre persönliche Meinung. Ich bitte euch, den von Andreas Burger gestellten Antrag abzulehnen. Wir sind uns einig in der Stossrichtung: Die Schweiz soll eine nationale staatliche Produktion aufbauen. Wir haben hier die einmalige Chance, eine Firma aufzukaufen, die weltweit vernetzt und in der Forschung tätig ist, die über 1500 Produkte herstellt und ein grosses Know-how hat. Allein das ist sehr viel wert. So kann mit der staatlichen Produktion fortgefahren werden, und wir können gleich starten. Der Preis ist hoch, doch der Vorschlag ist, dass dies über die SNB finanziert wird, und da ist Volksvermögen vorhanden. Wir müssen unbedingt die Versorgungssicherheit angehen. Während der Covid-Pandemie hat man erkannt, dass sich der Staat und die öffentliche Hand in diesem Bereich viel stärker engagieren müssen. Mit dem Kauf von Sandoz können wir der Pharma Paroli bieten und die Versorgungssicherheit direkt gewährleisten, ohne auf private Pharmafirmen angewiesen zu sein.

Empfehlung des Präsidiums: Ablehnung.

Begründung: In der Zielsetzung stimmen der Antrag A-5 und das Positionspapier überein: Es braucht eine global tätige gemeinnützige Versorgung der Weltbevölkerung mit Generika und Standardmedikamenten (und auch mit neuen Arzneimitteln). Die Firma Sandoz darf diesbezüglich als bereits etablierte «Weltapothek» gelten. Ihre Überführung in einen gemeinnützigen Service Public ist der rascheste Weg, um das Ziel zu erreichen.

Die Forderung nach einem Kauf von Sandoz durch den Bund ist politisch einprägsam. Zudem stärkt die Forderung die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Sandoz-Geschäftspraktiken – zum Beispiel die Gefahr, dass Sandoz sich aus wenig lukrativen, aber für die Versorgung wichtigen Sparten zurückzieht.

Die Frage, ob der Preis für Sandoz angemessen ist, lässt sich ohne Einsicht in die Sandoz-Geschäftsbücher nur schätzen. Die Marktkapitalisierung von Sandoz bewegt sich in den letzten Monaten im Bereich von 15-16 Mrd. CHF. Die beiden einzigen Konkurrenzfirmen liegen bei 13.5 Mrd. USD (Mylan/Viatris) respektive 76 Mrd. USD (Teva/Mepha). Konzerne, die patentierbare Medikamente herstellen, sind hingegen erheblich teurer. Der Sandoz-Mutterkonzern Novartis etwa weist eine Marktkapitalisierung von 23 Mrd. CHF auf, obwohl Novartis weniger als 100 verschiedene Medikamente vertreibt (Sandoz rund 1500).

Diese Vergleiche lassen den Schluss zu, dass sich ein Kaufpreis von Sandoz von 15-16 Mrd. CHF zumindest kein Phantasiepreis ist. Im Übrigen würde eine Finanzierung durch ein zinsloses SNB-Darlehen die Bundeskasse nicht belasten.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung.

David Roth übernimmt die Moderation und führt weiter durch das Traktandum.

A-6: Michael Olivo

Michael Olivo: Die Verstaatlichung von Sandoz ist falsch, um den Public Service zu ermöglichen. Eine Verstaatlichung ist nur dann angezeigt, wenn eine systemrelevante Firma vor dem Kollaps steht. Sandoz ist ein wichtiger Player, aber weder essenziell für den Service Public noch systemrelevant. So würden private Investoren öffentliche Gelder erhalten, die anders besser eingesetzt würden. Zudem würden Investoren wegen Börsengeschäften eine Zusatzprämie einheimsen. Die Krise ist international und sollte international angegangen werden. Der Kauf von Sandoz ist da eine Einzelaktion, die auch die Bedürfnisse der Länder des Südens, wo der Mangel am grössten ist, ausser Acht lässt.

Es wäre mit anderen aus der EU eine gemeinnützige Public-Pharma zu gründen, mit dem Auftrag, allgemein Medikamente und Standardmedikamente wie Impfstoffe und Antibiotika zu entwickeln und zu produzieren und die Medikamente zum Selbstkostenpreis an ihre Mitglieder und auf Antrag unter denselben Bedingungen an Entwicklungsländer abzugeben. Solch explizite Anträge fehlen im Positionspapier.

Barbara Gysi: Ich beantrage eine modifizierte Annahme des Antrages. Sandoz soll erworben werden, gleichzeitig wollen wir auch zusammen mit anderen Firmen für den globalen Süden genügend Impfstoffe und Medikamente produzieren. Beides ist wichtig.

Empfehlung des Präsidiums: Modifizierte Annahme.

Die SP Schweiz unterstützt allgemein alle Bemühungen, die gemeinnützige Versorgung der Weltbevölkerung mit Arzneimitteln stärken, zum Beispiel durch den Aufbau von weiteren Public-Pharma-Firmen, die in der Lage sind, Forschung, Produktion und Vertrieb zu verbinden und eine gegenüber den Ländern mit geringem oder mittlerem Einkommen solidarische Preispolitik zu verfolgen.

(Einfügen am Ende des Punktes 4.2.)

Begründung: Der Aufbau einer Public-Pharma-Versorgung der Weltbevölkerung ist wichtig. Er kann und soll auch auf anderen Wegen als mit einer gemeinnützigen Sandoz angegangen werden. Hingegen sollten solche Projekte nicht als Alternative zur Forderung nach einer gemeinnützigen Sandoz verstanden werden und diese Forderung auch nicht abschwächen oder relativieren.

Aus diesem Grund schlägt das Präsidium eine modifizierte Annahme vor.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

A-7: Andreas Burger für SP Kanton Zürich

Andreas Burger: Wir haben auf europäischer Ebene eine professionelle Zulassungsinstitution, die EMA. Diese lässt Medikamente für über 500 Millionen Europäer:innen zu. Wir haben in der Schweiz die Swissmedic, die für 8 Millionen Menschen Medikamente zulässt. Gewisse Impfstoffe und Medikamente werden in der Schweiz jedoch nicht zugelassen, weil die Hersteller keine Zulassungsgesuche stellen. Es lohnt sich für sie nicht. Eine eigene nationale Zusatzbehörde bringt daher keine zusätzliche Sicherheit. Die Zulassungen der EMA sollen daher in der Schweiz gelten.

Brigitte Crottaz: Würden die Entscheide der EMA einfach übernommen, würde dieses Vorgehen unsere Position schwächen. Spezifische Schweizer Bedürfnisse würden vernachlässigt, wie zusätzliche Studien gegen geschlechtsspezifische Verzerrungen. Swissmedic spielt eine wichtige Rolle in der öffentlichen Gesundheit und kann bei Bedarf zusätzliche Daten fordern. Verzögerungen liegen oft an Pharmafirmen, die zuerst grössere Märkte bedienen. Eine engere Kooperation mit der EMA ist sinnvoll, aber die Schweizer Autonomie bleibt entscheidend. Der Antrag sollte daher abgelehnt werden.

Empfehlung des Präsidiums: Ablehnung.

Begründung: Im Einzelfall kann es berechtigte Gründe geben, die für einen eigenständigen Entscheid durch Swissmedic sprechen, und es wäre falsch, dies rundweg in Abrede zu stellen. So könnte die Zulassungspolitik von Swissmedic ein Hebel sein, um den Männer-Bias in den klinischen Studien zu bekämpfen (siehe Anträge A-4 und A-9). Swissmedic könnte dabei ein neues Medikament nur befristet zulassen, zusätzliche Studien an Frauen und Kindern fordern und bestrebt sein, auch andere Zulassungsbehörden davon zu überzeugen.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung.

A-8: SP Frauen Schweiz

Mayra Faccio: Kosten für Verhütungsmittel wie die Pille fallen monatlich an, es sind zwischen 15 und 20 Franken. Bei tieferen Einkommen, z.B. Schüler:innen und Frauen in prekären Lebenssituationen, wird weniger verhütet. Eine von fünf Schwangerschaften ist bei verheirateten Paaren ungeplant, bei unverheirateten Paaren jede dritte. Schwangerschaftsabbrüche werden bezahlt, Verhütungsmittel jedoch nicht – das ist absurd. Solange es keine Pille für den Mann gibt, soll sich der Bund für kostenlose Verhütungsmittel einsetzen. Medizinisch verschriebene Verhütungsmittel sollen in den Grundkatalog der Krankenkassen aufgenommen werden.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

A-9: SP Frauen Schweiz

Daniela Braun: Wir fordern, dass Pharmafirmen gezielt die Wirkung der Arzneimittel auf Frauen erforschen und die Erkenntnisse in Zulassungsentscheide von Swissmedic einfließen. Aspirin wirkt beispielsweise bei Männern anders als bei Frauen. Swissmedic soll geschlechtsspezifische Medizin zur Norm machen. Es sollen Kriterien geschaffen werden, die den geschlechtsspezifischen Unterschieden gerecht werden. Pharmafirmen und Zulassungsbehörden sollen entsprechend in die Pflicht genommen werden.

Empfehlung des Präsidiums: modifizierte Annahme mit folgender Formulierung.

Förderung von genderspezifischer Medizin (gemäss Antrag A-8)

Der Bund fördert eine Forschung und Entwicklung, die sich an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert und dabei berücksichtigt, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen Frauen und Männer unterschiedlich auf die Substanzen und Wirkstoffe in Medikamenten reagieren. Überdies sind auch weitere Bevölkerungsgruppen wie Kinder oder Menschen mit Vorerkrankungen angemessen zu berücksichtigen.

Auch Swissmedic soll dazu genutzt werden, Genderaspekte besser zu untersuchen.

Der Auftrag an Swissmedic soll vom Bund entsprechend erweitert werden.

Begründung: Wie bereits in der Stellungnahme zu Antrag A-4 ausgeführt, soll der Bias «Gesunde Männer» in mehreren Dimensionen überwunden werden.

Beschluss des Parteitags: Annahme mit 176 Stimmen, 124 Stimmen für modifizierter Antrag.

A-10: Andreas Burger für SP Kanton Zürich

Keine Wortmeldung.

Empfehlung des Präsidiums: modifizierte Annahme.

Der durch die (modifizierten) Anträge A-8 und A-9 veränderte Abschnitt wird ergänzt durch:

Medizinische Forschung darf ausschliesslich dann durch öffentliche Gelder (mit-) finanziert oder gefördert werden, wenn die genannten Bevölkerungsgruppen angemessen berücksichtigt werden.

Begründung: Mit der modifizierten Ergänzung kann das Anliegen des mit den Anträgen A-8 und A-9 passenden Antrages zusammengeführt werden.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

A-11: Andreas Burger für SP Kanton Zürich

Keine Wortmeldung.

Empfehlung des Präsidiums: modifizierte Annahme.

Ergänzung des Absatzes:

Die offen patentierten Forschungsergebnisse stehen kostenlos zur freien Verfügung. Jede darauf aufbauende Entwicklung muss anschliessend aber ebenfalls als offenes Patent registriert werden. Die Schweiz fördert offene Patente und wirkt auf eine internationale Übereinkunft hin, wonach alle Forschungsergebnisse, die an öffentlichen Institutionen und/oder dank finanziellen Mitteln der öffentlichen Hand erzielt werden, als offene Patente registriert werden müssen.

Begründung: *Es ist sinnvoll zu erläutern, worin offene Patente bestehen. Das Ziel einer zwingenden Verbindung von öffentlicher Forschung und offenen Patenten ist richtig, muss aber auf internationaler Ebene angegangen werden, weil sonst die Gefahr besteht, dass wesentliche Teile der öffentlichen Forschung ins Ausland verlagert werden.*

Beschluss des Parteitags: Annahme.

A-12: Andreas Burger für SP Kanton Zürich

Keine Wortmeldungen.

Empfehlung des Präsidiums: modifizierte Annahme.

«Mehr Parallelimporte: Parallelimporte von Medikamenten sind im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens bereits heute gesetzlich möglich. Zudem wurden 2023 zwei Vorstösse an den Bundesrat überwiesen, die künftig den Parallelimport von Arzneimitteln zusätzlich vereinfachen können. Unter Berücksichtigung der Patient:innen-Sicherheit sollen diese Verfahren weiter vereinfacht und die digitalen Fortschritte dafür genutzt werden (z.B. Nutzung von QR-Codes anstelle von neuen schweizspezifischen Verpackungen).»

Begründung: *Es gibt bereits heute eine gesetzliche Grundlage, welche Parallelimporte ermöglicht. Diese soll zusätzlich vereinfacht werden. Der ursprüngliche Text «ohne Einschränkungen über die eigentliche Zulassung hinaus» geht jedoch zu weit. Der Patient:innen-Sicherheit (z.B. bzgl. Packungsbeilage in einer Landessprache) muss genügend Rechnung getragen werden und dafür sollen auch technologische Entwicklungen einbezogen werden, welche Parallelimporte erleichtern.*

Beschluss des Parteitags: Annahme.

Bevor es zur Schlussabstimmung kommt, hält Mattea Meyer ein Schlusswort.

Mattea Meyer: Die Gewinnmarge der Pharma beträgt 30 bis 40 Prozent. Ein Grossteil der Arzneimittel, die die Pharmaindustrie auf den Markt bringt, basiert jedoch auf öffentlich finanzierter Forschung. Es ist unanständig, wie gross der Profit der Pharma auf Kosten unserer Gesundheit ist. Pharmafirmen funktionieren nach einer Profitlogik in einem Bereich, in dem die Menschen sehr verletzlich sind. Der Druck ist darum sehr hoch. Die Pharmafirmen

entwickeln Medikamente aufgrund von Profitlogik, und nicht aufgrund der Bedürfnisse der Bevölkerung. Auch die Preise werden weitgehend von der Pharma bestimmt. Wir bezahlen hierzulande massiv mehr als im Ausland. Auch deshalb steigen die Krankenkassenprämien. Es braucht daher eine doppelte Strategie: mehr Regulierung und Public Pharma im Dienst der Menschen. Sandoz ist in über 100 Ländern aktiv und kann das Rückgrat für eine Medikamenten- und Impfstoffversorgung weltweit bilden. Der Bund kann über die SNB die Sandoz kaufen und erhält so die demokratische Kontrolle über die Arzneimittelversorgung zurück – im Interesse der Menschen und nicht der Konzerne.

Während Corona standen auch Bürgerliche an vorderster Front mit der Forderung, dass im Inland Produktionslinien aufgebaut werden sollen – niemand wollte zuwarten. Eine gute Politik reagiert jedoch nicht nur im Krisenfall, sondern vorausschauend. Daher empfehlen wir die Annahme.

Florian Schweri: In der Schweiz stehen 24 Medikamente auf der Liste der Lieferengpässe, 8 davon wegen Marktrückzugs. Medikamente sind keine gewöhnlichen Güter, da sie für Gesundheit und Überleben essenziell sind. Marktgesetze führen dazu, dass Unrentables nicht produziert wird, obwohl Millionen darauf angewiesen sind. Pharmaunternehmen maximieren Profite, während Versicherte doppelt zahlen: für Forschung und Nutzung. Schweizer zahlen 2,6-mal mehr als andere Europäer:innen, da Pharmapreise künstlich hoch gehalten werden. Die Pharma-Lobby im Bundeshaus blockiert immer wieder Reformen. Gefordert wird eine öffentliche Kontrolle und eine am Gemeinwohl orientierte Gesundheitspolitik.

Mattea Meyer dankt Beat Ringger für die gute Erarbeitung des Positionspapiers und die stets gute Zusammenarbeit.

Beat Ringger drückt seine Freude aus und dankt den Anwesenden ebenfalls.

Verabschiedung des Positionspapiers

Beschluss des Parteitages: Das Pharma-Papier wird genehmigt.

15. Öffentliche Krankenkasse

Stand der Arbeiten zur Lancierung einer Initiative zu öffentlichen Krankenkassen

Mattea Meyer: In Sachen öffentliche Krankenkasse bestehen zwei Hauptpunkte: Erstens, die Schaffung einer öffentlichen Krankenkasse mit regionalen Agenturen, und zweitens die Begrenzung der Prämien auf 10 Prozent des Einkommens. Obwohl die Prämien-Entlastungs-Initiative im Juni abgelehnt wurde, sollen die Kantone Gegenmassnahmen umsetzen, etwa Prämien deckeln und mehr Mittel bereitstellen. Die Kopfprämie bleibt jedoch ein Problem. Die SP setzt sich national für eine sozialere Finanzierung ein, um die Prämienlast gerechter zu verteilen.

Bezüglich einem möglichen Initiativprojekt für eine öffentlichen Krankenkasse mit regionalen Agenturen und regional oder kantonale ausdifferenzierten Prämien sind wir auf nationaler Ebene in Diskussion mit möglichen Allianzpartnern. Wir wollen die Lehren aus vergangenen

Abstimmungen ziehen. Offene Fragen müssen noch geklärt und es muss evaluiert werden, welche Auswirkungen eine öffentliche Krankenkasse auf die Prämienlast hätte. Sobald die Arbeiten dazu fortgeschritten sind, werden wir den Parteirat und auch den Parteitag informieren.

Bruno Storni: Ich unterstütze die öffentliche Krankenkasse und möchte unterstreichen, dass wir auch die Altersungleichheit einbeziehen müssen. Wir müssen das demographische Problem in einer öffentlichen Krankenkasse berücksichtigen.

Video Mietreferenden

Es folgt ein Video-Input von Cédric Wermuth zu den kommenden Mietreferenden: In der Schweiz zahlen Mieter:innen jährlich rund 10 Milliarden Franken zu viel Miete – und zwar illegal. Das Gesetz begrenzt die zulässige Rendite für Vermieter:innen, doch die Einhaltung wird kaum kontrolliert. Besonders bei Mieterwechseln steigen die Preise oft ungerechtfertigt, da kaum jemand Einspruch erhebt. Immobilienkonzerne nutzen das und drängen auf eine Mietrechtsänderung, um Mieter:innenrechte weiter einzuschränken. Ein aktuelles Beispiel: Die bevorstehende Abstimmung zielt darauf ab, Untermiete zu begrenzen und Kündigungen wegen «Eigenbedarf» zu erleichtern. Ein Nein zu diesen Mietvorlagen schützt Mieter:innen vor weiteren Verschlechterungen.

17. Rede Bundesrat Beat Jans

Beat Jans betont die Herausforderungen und Erfolge seiner Arbeit, insbesondere im Bereich der Asyl- und Integrationspolitik. Angesichts der aktuellen Migrationslage und des Kriegs in der Ukraine stellt er klar, dass das Asylsystem Schutzbedürftigen Schutz bieten und Integrationschancen gewährleisten muss. Er betont die Wichtigkeit, auch jenen Menschen fair zu begegnen, die kein Asylrecht haben, und verweist auf die humanitäre Verpflichtung der Schweiz, etwa beim Familiennachzug.

Jans lobt die Fortschritte: Die Asylzahlen sinken, Verfahren beschleunigen sich und Rückkehrzahlen steigen. Zudem wird Integration gefördert, etwa durch erleichterte Ausbildungszugänge.

In europapolitischen Fragen setzt er sich für freundschaftliche Beziehungen zur EU ein, erinnert an die Wertegemeinschaft und betont die Bedeutung des gemeinsamen Wegs für Frieden und Stabilität. Schliesslich bestärkt Jans die SP-Mitglieder, ihn in seinen Bemühungen zu unterstützen, und hebt die Bedeutung von Solidarität und Zusammenarbeit hervor – für die Schweiz, Europa und die Menschlichkeit.

Abschliessend dankt Jans der SP für die Unterstützung, betont seine Werte und Entschlossenheit, auch schwierige Probleme Schritt für Schritt zu lösen, und wirbt für gemeinsames Handeln in der Schweiz und Europa.

18. Resolutionen

R-2 zum Nahen Osten

Resolution des Präsidiums: Für einen sofortigen Waffenstillstand und einen gerechten Frieden im Nahen Osten!

Zusatzresolution Carlo Sommaruga und andere: Für ein Ende der Gewalt gegen das palästinensische Volk und der Besatzung

Cédric Wermuth: Verweist auf seine Rede vom Vortag und führt aus, dass sich die Politik des Präsidiums bezüglich des Nahostkonflikts an folgenden Grundsätzen orientiert: 1) Menschlichkeit und Empathie: Es ist zentral, das Leid der Opfer und ihrer Angehörigen niemals aus den Augen zu verlieren. 2) Prinzipien der Gleichberechtigung und des Existenzrechts: Die bedingungslose Anerkennung der Selbstbestimmung und des Existenzrechts sowohl Israels als auch Palästinas und ihrer jeweiligen Bevölkerungen. 3) Vermeidung falscher Solidaritäten und Rücksichten: Es gilt, klare und differenzierte Positionen einzunehmen, ohne sich von einseitigen Loyalitäten leiten zu lassen.

Darüber hinaus erweitert das Präsidium diese Prinzipien auf innenpolitische Themen, wie Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus: Es wird betont, dass neue Wellen von Diskriminierung in der Schweiz nicht toleriert werden dürfen. Verhinderung von Kriegsprofiteuren: Die Schweiz soll sicherstellen, dass niemand aus dem Konflikt finanziellen Nutzen zieht. Fokus auf Friedensförderung: Der Bundesrat und schweizerische Instrumente sollen auf Frieden und einen schnellen Waffenstillstand hinwirken.

Die SP Schweiz sieht ihre Rolle darin, praktische Massnahmen zu unterstützen, wie die Sicherstellung humanitärer Hilfe und die Förderung der diplomatischen Bemühungen zur Eindämmung von Terrorfinanzierung und Kriegsunterstützung.

Carlo Sommaruga: Seit 1948 werden die Palästinenser von Israel unterdrückt, Israel verübt einen genozidalen Krieg gegen die Palästinenser:innen. Unicef beschreibt Gaza als Hölle auf Erden. Israel kann die schlimmsten Verbrechen an den Palästinensern verüben, ohne dass die westlichen Regierungen darunter der Schweizer Bundesrat dies verurteilen würde – anders als beim Überfall von Russland auf die Ukraine, wo westliche Staaten klare Worte finden. Der Bundesrat will die UNRWA Gelder sogar streichen. In der Zusatzresolution wird das Ende des Kolonialismus in Palästina gefordert – Schluss mit den doppelten Standards in der Beurteilung von Krieg und Unrecht. Beide Resolutionen sollen angenommen werden.

Jean-Paul Peronace: Seit dem 7. Oktober 2023 eskaliert die Gewalt im Israel-Palästina-Konflikt, mit tausenden Toten, darunter viele Frauen und Kinder. In Gaza herrschen verheerende Zustände, geprägt von Flächenbombardements, dem Entzug von Nahrung, Wasser und Medikamenten. Israel rechtfertigt diese Handlungen als Selbstverteidigung, sie verletzen jedoch das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte. Die Unterdrückung von Meinungsfreiheit und die Kriminalisierung von Kritik an Israels Politik sind bedrohlich. SP Schweiz soll klar Stellung beziehen und mutig für gleiche Rechte eintreten, die Resolution annehmen, um aktiv zu einer gerechteren Welt beizutragen.

Mélanie Rufi: Es obliegt der Linken, sich mit Palästina zu solidarisieren. Das tut die Resolution des Präsidiums nicht, denn sie knüpft das Recht von Palästina, ein eigener Staat zu werden, an die Befreiung aller Geiseln. Es ist nicht tolerabel, solche Postulate einzureichen. Wir lehnen die Resolution des Präsidiums ab verbunden mit der Aufforderung, am nächsten Parteitag eine neue Resolution vorzulegen.

Tim Cuénod: Die Taten und Kriegsverbrechen der aktuellen israelischen Regierung müssen benannt werden, und man soll sich nicht mit Leuten solidarisieren, die von einem Vernichtungswillen angetrieben sind. Die Zusatzresolution und die Resolution stehen jedoch in einem Spannungsverhältnis. In der Resolution stellen wir uns gegen die Ausfuhr von Kriegsmaterial in alle beteiligten Staaten – in der Zusatzresolution bloss gegen Handel mit Kriegsmaterial mit Israel. Die Resolution ist klarer und präziser. Ich habe Mühe mit Leuten, die die Untaten des 7. Oktober als Freipass für die Handlungen der israelischen Regierung betrachten. Doch auch die Untaten der Hamas zeugen von einem Vernichtungswillen gegenüber Israel. Man muss auf beiden Seiten die demokratischen Kräfte stützen, die keine Vernichtungspläne verfolgen, sondern auf Verständigung und Dialog setzen.

Amira Tissafi: Inmitten des fortdauernden Genozids an der palästinensischen Bevölkerung ist es unsere Pflicht, der Resolution des Präsidiums und der Zusatzresolution zuzustimmen. Diese fordern einen sofortigen Waffenstillstand, verurteilen unverhältnismässige Militäroperationen, die Zerstörung von Krankenhäusern und Schulen sowie das bewusste Aushungern von Millionen Menschen. Die Resolutionen setzen sich für ein Ende der Besatzung, die Anerkennung eines palästinensischen Staates und ein Waffenembargo gegen Israel ein. Trotz Schwächen, wie der Übernahme problematischer israelischer Narrative und unzureichender Sanktionen, sind die Resolutionen ein notwendiger Schritt. Als linke Partei müssen wir unmissverständlich für universelle Menschenrechte und Gerechtigkeit eintreten. Stimmen wir geschlossen zu!

Virginia Köpfli: Der Krieg im Nahen Osten hat sich im Diskurs bei uns in den letzten Monaten normalisiert. Wir stumpfen ab. Das Ausmass und die Brutalität dieses Kriegs sehen wir immer weniger. Die israelische Regierung ist von nichts und niemandem zu bremsen. Die Ignoranz aller Staaten, die Israel noch immer Waffen liefern, macht mich sprachlos. Diesem Horror kann nur begegnet werden, indem wir ein Ende des Genozids fordern. Das Engagement der Schweiz im Bereich der Friedensförderung ist ungenügend. Vor diesem Hintergrund könnten die Kürzungen bei der DEZA und die Aufrüstung der Armee nicht verwerflicher sein. Darum unterstützen die SP Frauen beide Resolutionen. Ein Waffenembargo muss oberste Priorität haben. Die UNWRA-Gelder sind in der Schweiz immer noch vom Parlament blockiert. Kurzfristig lässt sich die UNWRA als Hilfswerk in Gaza nicht ersetzen. Darum muss der Druck auf den Ständerat erhöht werden, damit diese Gelder freigegeben werden können.

Stefan Dietrich: Die Resolution verurteilt Gewalt beider Seiten und ruft zum Waffenstillstand auf, bleibt aber unausgewogen. Während Israels Massnahmen zu Recht kritisiert werden, werden die brutalen Angriffe der Hamas nur knapp erwähnt. Auch die Rolle externer Akteure wie Iran, Hizbollah und anderer bleibt unterbeleuchtet, obwohl sie erheblich zur Eskalation beitragen. Es fehlt an einer klaren Anerkennung von Israels Existenzrecht, Sicherheitsbedürf-

nissen und dem historischen Kontext des Konflikts. Eine gerechte Resolution muss die Verantwortung aller Seiten benennen und das Leid aller Zivilist:innen anerkennen. Daher plädiere ich für eine Überarbeitung.

Myrta Grubenmann: Mein Bezug zu diesem Thema ist auch ein persönlicher. Deshalb halte ich meine Wortmeldung eher technisch. Es ist wichtig, dass wir diskutieren und das auch respektvoll tun. Ich habe die gleichen drei Kritikpunkte wie bei der letzten und vorletzten Resolution. Erstens: Die Resolution ist nicht aktuell. Die Angriffe auf Libanon, Südlibanon, die Bekaa-Ebene und Beirut sind nicht integriert. Die Resolution hat das Ziel, mit ihrer Ergänzung auf die zwischenzeitlich erfolgte brutale Eskalation im Gazakrieg seitens der israelischen Regierung zu reagieren. Zweitens: Wir verkennen die Verhältnisse. Wir ordnen sie als Krieg ein. Dieser wird von Gegnern auf Augenhöhe ausgetragen. Hier aber steht eine hochmoderne Armee, Israel, einer terroristischen Miliz gegenüber. Wir müssen die Verbrechen von allen Akteuren verurteilen – aber bitte präzise. Drittens: Wir müssen dies sprachlich richtig benennen. Beispiel: besetzte Gebiete oder illegal besetzte Gebiete. Die Angriffe der Hamas werden als gezielte sexualisierte Gewalt verurteilt, israelische Soldat:innen begehen diese laut Resolution nicht. Die Resolution macht eine Auslegeordnung, das ist wichtig. Es muss darüber hinausgegangen werden. Ich bin für die Annahme des Papiers des Präsidiums, weil sie besser und ergänzter ist als die letzte. Aber bitte nehmen wir die Zusatzresolution an, wenn wir diese schon haben.

Über die beiden Resolutionen wird separat abgestimmt.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme der beiden Resolutionen zum Nahen Osten.

Die Zusatzresolution ist eine Ergänzung der umfassenden Nahost-Resolution, welche das Präsidium am 9.9.2024 verabschiedet hat und die es dem Parteitag in Davos unterbreitet. Die Zusatzresolution geht auf die Geschehnisse in Nahost bis zu deren Einreichung am 11.09.2024 ein.

Beschluss des Parteitags: Annahme Resolution des Präsidiums; Annahme Zusatzresolution.

Tom Cassee bedankt sich für die gute und respektvolle Debatte.

R-3 Anna Miotto (JUSO) und andere: Für den Kampf für eine bessere Welt: raus aus dem Bundesrat, auf in die Opposition!

Mirjam Hostetmann: Heute werden menschenverachtende Ideen schnell mehrheitsfähig. Der Asylkurs der FDP übernimmt die Linie der SVP, und sogar unser SP-Bundesrat Beat Jans kündigt nach kurzer Amtszeit Verschärfungen im Asylsystem an – ein Schlag gegen unsere Werte. Die SP stützt einen bürgerlichen Staat, der ungerecht ist, und legitimiert durch ihre Regierungsbeteiligung kapital- und menschenfeindliche Entscheidungen. Das ist unglaublich und widerspricht unserem Ziel einer solidarischen, ökologischen und gerechten Gesellschaft. Es ist Zeit, diese Fragen neu zu stellen: Die SP muss aus dem Bundesrat austreten und in die Opposition gehen, bis linke Mehrheiten im Parlament bestehen. Nur so

schaffen wir echten Fortschritt und die Veränderung, die wir brauchen. Ich appelliere an euch, Resolution 3 anzunehmen – für eine gerechtere Zukunft. Danke!

Tim Cuénod: Wir sollen nicht austreten, sondern die SVP-FDP-Mehrheiten im Bundesrat brechen. Es ist das Privileg der Juso, Grundsatzfragen zu stellen. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder und die Bevölkerung würden es jedoch nicht verstehen, wenn wir die Bundesratsbeteiligung aufgeben würden. Ein Austritt aus dem Bundesrat würde uns schwächen. Die JUSO ist aufgerufen, das Gesprächsangebot von Beat Jans anzunehmen. Wir sollen als Partei stärker werden, und uns nicht selber schwächen.

Charlotte Günther: Linke Politik ist dringender denn je. Wir müssen möglichst effizient auf Zukunftsprobleme reagieren. Wir müssen eine wahre Alternative zum bürgerlichen Establishment bieten. Das können wir nicht, wenn wir Teil des Establishments sind, auch wenn die Bundesratsbeteiligung nicht nur schlecht ist. Wir tragen die Arbeit des rechten Bundesrats mit und büssen so an Glaubwürdigkeit ein.

Clara Bonk: Die Austritts-Forderung entspricht nur einer neuen strategischen Ausrichtung. Die Nachteile der Beteiligung am Bundesrat überwiegen und nehmen zu. Die SP kann so in ihren Kernthemen nicht geeint auftreten. Wir tragen mit der Konkordanz die immer rechteren Positionen der rechten Parteien SVP und FDP und Mitte mit. Ziehen wir einen Schlussstrich und gehen wir in die Opposition.

Samira Marti: Die Diskussion führen wir immer wieder. Die soziale Frage ist seit 1888 das Zentrum unserer Politik. Im Zentrum steht die soziale Schweiz, und unser Anspruch, diese auch konkret zu gestalten. Die soziale Kälte ist krass. Wir haben im Parlament erreicht, dass gewaltbetroffene Frauen das Aufenthaltsrecht nicht verlieren. Es geht dabei um ein paar Hundert Frauen pro Jahr. Um dies zu erreichen, hat es alle von uns auf allen Ebenen gebraucht. Es sind kleine Schritte, aber wir kämpfen für alle Menschen hier und jetzt, keine Gruppe ist dafür zu klein. Denn jeder Mensch, der in der Schweiz Unrecht erfährt, ist ein Mensch zu viel. Es ist unverständlich, dass ihr euch freiwillig aus dem Bundesrat zurückziehen wollt. Wir schwächen unsere Arbeit mit einem Austritt aus dem Bundesrat.

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Ablehnung.

Begründung: Das Präsidium und die Parteiratsleitung haben die Resolution der JUSO sorgfältig geprüft und diskutiert. Beide empfehlen die Resolution abzulehnen, weil damit unser gemeinsamer Einsatz für eine soziale Schweiz geschwächt würde. Wie die JUSO richtig feststellt, ist der Einsitz im Bundesrat auch mit Gestaltungsmöglichkeiten verbunden. Die Zusammenarbeit zwischen unseren Parlamentsmitgliedern, dem Fraktions- und Parteipräsidium sowie den Bundesrät:innen funktioniert gut. Wenn immer möglich, versuchen wir den bestehenden Gestaltungsspielraum für die Umsetzung sozialdemokratischer Forderungen zu nutzen. Der Umstand, dass unsere Bundesrät:innen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat und des Kollegialitätsprinzips teilweise gegen unsere Initiativen oder von uns unterstützte Vorlagen antreten müssen, lässt sich leider nicht verhindern. Nichtsdestotrotz werten wir den Einfluss und die Mitgestaltungsmöglichkeit im Bundesrat als wichtiger. Da die Forderung der Resolution in unseren Augen weder sinnvoll noch erfüllbar ist, lehnen wir die Resolution ab. Selbstverständlich werden Parteipräsidium und Parteirat ihren Beitrag leisten zu einer besseren Vertretung der fortschrittlichen Kräfte in der Landesregierung. Die

Partei wird die kritisch-solidarische Zusammenarbeit mit unseren Vertreter:innen im Bundesrat weiter pflegen.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung.

R-4 der SP Frauen: Sexarbeit ist Arbeit: Ein gutes Leben für alle!

Mandy Abou Shoak: Wir wollen uns für die Schwächsten der Gesellschaft einsetzen. Sexarbeiter:innen als schwächste Glieder der Gesellschaft sollen geschützt werden. Wir sprechen über selbstbestimmte Sexarbeiter:innen, die über ihre Dienstleitungen und ihre Kundschaft selbst entscheiden und ihre Einkommen selbst verwalten. Bei Sexarbeit handelt es sich nicht um Menschenhandel, was eine Straftat ist. Sexarbeit ist Arbeit, aber keine Arbeit wie jede andere. Denn Sexarbeiter:innen werden diskriminiert: Gesundheits-, Arbeits- und Sicherheitsgesetze schützen sie weniger. Sexarbeit muss als Arbeit definiert werden, um geschützt zu werden. Prostitution macht Armut bloss sichtbar. Ursachen sind andere – nämlich der Kapitalismus und das Patriarchat.

Renate Rutishauser: Wir müssen uns den Kernfragen stellen. Wir müssen nach Europa schauen und auch die Debatte unter Einbezug des nordischen Modells führen, das heisst: Frauen schützen und die Freier in die Verantwortung nehmen. Immer mehr Länder übernehmen dieses nordische Modell. Bundeskanzler Olaf Scholz meinte dazu: «Ich finde es nicht akzeptabel, wenn Männer Frauen kaufen.» Das nordische Modell geht davon aus, dass Menschen keine Waren sind. Das soll unser Grundsatz sein. 69 Prozent der Prostituierten leiden an einem posttraumatischem Belastungssyndrom, viele haben einen Migrationshintergrund. Es sind die Rahmenbedingen, die sie gefangen halten. Armut zwingt die Frauen, ihren Körper zu verkaufen. Wollen wir das mit dieser Resolution zementieren? Wir brauchen eine umfassende Debatte unter Einbezug von Betroffenen, damit diese eine Stimme erhalten. Erst dann können wir uns als Partei fundiert positionieren. Bitte Ablehnung der Resolution.

Lelia Hunziker: Ich leite das nationale Opferschutzprogramm Menschenhandel in der Schweiz und eine Beratungsstelle für Sexarbeitende. Ich bin Präsidentin des Verbandes der Beratungsstellen, welche sich für die Belange der Sexarbeitenden einsetzt. Und ich habe die erwähnte Koalition mitgegründet. Aus fachlicher Sicht bin ich überzeugt, dass die Resolution der SP Frauen richtig ist. Die Folgen eines Verbots zeigten sich während der Pandemie, als Sexarbeit verboten war. Im Nachgang wurde dies von der Uni aufgearbeitet: Es kam häufiger zu ungewollten Schwangerschaften und zu mehr Gewalt. Nach der Einführung eines Verbots in Irland stieg die Gewalt gegen Sexarbeiterinnen um 92 Prozent. In Frankreich wurden mehrere Prostituierte nach dem Verbot umgebracht. Verhütungsmittel können weniger durchgesetzt werden, Prostituierte können nicht zur Polizei gehen. Viele Frauen stammen aus Drittstaaten und können kaum legal hier arbeiten. Mit noch mehr Verboten können sie sich noch weniger wehren.

Reto Büsser: Die Frauenzentrale Zürich spricht sich gegen die Resolution aus. Untersuchungen zeigen, dass es keinen körperlichen Bereich gibt, der von negativen Folgen der Prostitution ausgeklammert bleibt. Von regulärer Arbeit kann nicht gesprochen werden. Die Le-

benserwartung liegt unter 40 Jahren, ein Grossteil der Sexarbeiter:innen hat Drogen konsumiert und viele konsumieren Drogen, um die Sexarbeit überhaupt zu ertragen. Sexarbeiterinnen sind gezwungen Dienstleistungen wie Ohrfeigen, Stromstösse anzubieten, um in Bordellen arbeiten zu können. In Bern müssen sich Sexarbeiter:innen polizeilich anmelden. Einschätzung der Polizei: 95 Prozent stammen aus Osteuropa. Bei bis zu 30 Prozent wird Zwangsarbeit vermutet. Aus der Resolution geht auch nicht hervor, wie Kantone diese umsetzen können. Wie sollen jene geschützt werden, die die Dienstleistungen nicht freiwillig anbieten? Darum soll die Resolution abgelehnt werden.

Luna Weggler: Die SP setzt sich besonders stark für marginalisierte Gruppen ein. Die Sexarbeiterinnen sind einem erhöhten Risiko von Gewalt ausgesetzt. Migrant:innen kennen auch bürokratische Hürden. Ein Verbot von Sexarbeit würde die Arbeit von Sexarbeiter:innen und den Schutz verschlechtern, das darf nicht passieren. Die SP-Frauen fordern einen erhöhten Schutz, verbesserte Arbeitsbedingungen und freien Zugang zu Beratungs- und Gesundheitsangeboten. Der Menschenhandel bleibt ein Riesenproblem, ein Verbot der Sexarbeit schafft dies nicht ab. Es sind nicht alle Sexarbeiterinnen vom Menschenhandel betroffen. Im Gegenteil: Es würde die Arbeitsbedingungen der Sexarbeiterinnen prekärer machen. Wir fordern, die Resolution anzunehmen.

Andri Schwarz: Sexarbeit ist Arbeit, Sexarbeiterinnen verdienen Schutz und Rechte in einem materialistischen und paternalistischen System. Die Resolution hält dieses fest und fordert Rechte von Frauen und Transmenschen. Gewalt in der Sexarbeit ist ein Symptom des Patriarchats und die Sexarbeiterinnen spüren dies. Es braucht eine Entstigmatisierung und ein Schutz der Sexarbeiter:innen. Eine Kriminalisierung löst kein Problem, im Gegenteil, es treibt die Sexarbeiter:innen in die Illegalität. Nehmt die Resolution an, nieder dem Patriarchat.

Mario Huber: Es wird über Sexarbeit geredet, ohne dass Sexarbeiter darüber reden. Ich habe selbst als Sexarbeiter gearbeitet. Die queere Community hat mir geholfen, ich konnte über meine Probleme reden. Was nicht geholfen hätte: Ein Verbot. Sexarbeiter kämpfen mit noch mehr Unsicherheit und können auf der Strasse landen. Falls ein Vorbild gesucht wird: Schaut nach Neuseeland. Die Entkriminalisierung hat Sexarbeitern dort mehr Entscheidungsfreiheit gegeben. Sexarbeit findet nicht nur im Hinterzimmer statt. Auch Behinderte beziehen Dienstleistungen von Sexarbeiterinnen, und das ist gesellschaftlich akzeptiert. Darum: Danke an die SP Frauen und für die Resolution.

Cruz Melchor Eya Nchama: Es ist wichtig, die Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter:innen zu verbessern und deren Autonomie zu fördern, indem man gefährliche Arbeitsumfelder vermeidet. Eine Analyse und Definition der Arbeitsorte ist nötig, um diese Tätigkeit sicherer zu machen. Gleichzeitig ist der Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung wichtig, die traditionelle Feinde in diesem Bereich sind. Ich unterstütze die Resolution, um den Diskurs voranzubringen und konkrete Verbesserungen zu erreichen. Ein Verbot der Sexarbeit verschlechtert die Arbeitsbedingungen und die rechtliche Situation der Sexarbeiter:innen.

Valérie Piller Carrard: Das Präsidium unterstützt die Resolution, die Sexarbeit als einvernehmlichen Austausch sexueller Dienstleistungen gegen Geld anerkennt und sich für ein würdiges Leben unabhängig von Beruf oder Aufenthaltsstatus einsetzt. Sexarbeiter:innen

sind oft unsichtbar und von Diskriminierung sowie Gewalt betroffen, insbesondere aufgrund rechtlicher Unsicherheiten. Statt durch das nordische Modell, das die Situation verschärft, sollten ihre Rechte gestärkt, ihre Arbeit legalisiert und der Zugang zu Gesundheits- und Unterstützungsdiensten erleichtert werden. Wichtig ist, zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zu unterscheiden. Die Resolution fordert Gleichberechtigung und Schutz vor Stigmatisierung und Gewalt – ein Schritt für mehr soziale Gerechtigkeit.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

R-5 Renate Rutishauser und andere: Für eine qualitativ hochstehende medizinische Grundversorgung – auch in den Randregionen!

Gina la Mantia: Die Resolution soll unterstützt werden, um auch in Randregionen eine gute Versorgung zu haben. Diese Regionen liegen uns am Herzen, wir kämpfen für den Erhalt der Infrastruktur in entlegenen Tälern. Der Zugang zu einer qualitativ hochstehenden medizinischen Grundversorgung muss gewährleistet werden. Es geht darum, dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, gegen die Privatisierung der Gesundheitsversorgung, für eine Abkehr vom Fallpauschalensystem, denn längst nicht alle passen in das enge Raster und werden zu früh aus der Spitalpflege entlassen. Das System wurde geschaffen, um Geld zu sparen. Wir wollen die Arbeit für eine öffentliche Krankenkasse unterstützen. Ich danke dem Präsidium für die Unterstützung der Resolution.

Candrian Wolf von SP Surselva und den Alpensozis spricht sich für die Resolution und für eine Einheitskasse aus.

Jon Pult: Das Präsidium unterstützt diese wichtige Resolution, die in allen Regionen der Schweiz eine medizinische Versorgung fordert. Es ist essentiell für die Werte unseres Landes und unserer Partei, dass wir eine medizinische Grundversorgung für alle in allen Tälern gewährleisten. Stimmt Ja. Kleine Kritik: Sprachlich sollten wir nicht das Framing der Gegner übernehmen, die von Randregionen oder peripheren Regionen reden. Wir sind im Herzen der Schweiz und damit im Zentrum Europas und sollten dies auch so nennen.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

R-6 Leo Keller und andere: Keine neuen AKWs – sie behindern den schnellen Zubau der Erneuerbaren und gefährden die Strom-Versorgungssicherheit

Jürg Joss: 1969 ereignete sich im AKW Lucens eine Teilkernschmelze, doch der Bau weiterer AKW ging ungebremst weiter. Katastrophen wie Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 zeigten die Gefahren der Atomkraft deutlich. 2017 entschied die Schweizer Bevölkerung, keine neuen AKW zu bauen. Doch der Bundesrat plant nun, dieses Verbot zu umgehen – ein klarer Bruch mit demokratischen Prinzipien. Neue AKW sind teuer, gefährlich, lösen das Abfallproblem nicht und tragen kaum zum Klimaschutz bei. Auch Mini-Reaktoren

(SMR) sind unwirtschaftlich und nicht praxistauglich. Diese neuen Reaktorkonzepte sind alte Ideen, die schon einmal aufgegeben wurden. Stattdessen brauchen wir schnelle Investitionen in Photovoltaik und Windenergie. Unterstützt unsere Resolution für eine nachhaltige, atomfreie Zukunft!

Martina Munz: Das Präsidium unterstützt die Resolution, die eine logische Folge der Ankündigung von Bundesrat Rösli ist, das Verbot aufzuheben. Die SP Schweiz will kein unsinniges und unverantwortliches Revival der Atomkraft. Sicher ist nur das Risiko. Die Atommülldeponie in Lägern ist eine Hypothek für unsere Kinder. Atomreaktoren sind ein grosses Risiko. 2,5 Prozent beträgt das Risiko für einen Supergau. AKW sind Atombomben im eigenen Land. Und AKW sind zu teuer. Niemand versichert ein AKW, das Risiko trägt die Bevölkerung. Weltweit läuft kein AKW ohne staatliche Subventionen. Atomstrom ist die teuerste Energie. Das Geld, das in überbezahlte AKW gesteckt wird, fehlt beim Ausbau von Wind, Sonne und Wasser. In weniger als zwei Jahren haben wir mit dem Zubau auf Dächern ein AKW Beznau ersetzt. Es geht vorwärts! Wir brauchen Investitionen in Erneuerbare, und nicht in AKW. Uran hat 100 Prozent eine problematische Herkunft und stammt zum Beispiel aus Russland. Neue AKW kämen auch viel zu spät: ein neues AKW ginge frühestens 2058 ans Netz. Wir müssen die Energiewende vorher schaffen. Jede Diskussion vernebelt den Blick für die Energiewende. Wir lehnen den bundesrätlichen Irrweg ab.

Cédric Wermuth verabschiedet Martina Munz und dankt herzlich für ihren langjährigen und steten Einsatz gegen AKW.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitag: Annahme.

R-7 des Präsidiums: Verstärkte Friedensinitiativen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts im Sudan

Mandy Abou Shoak: Wir sind mit unzähligen Missständen und Kriegen auf der Welt konfrontiert, in der Ukraine, im Iran, im Jemen, in der demokratischen Republik Kongo, in Syrien. Das sind nicht die einzigen Orte auf der Welt, es gehören dazu auch Haiti, Myanmar, Mali usw. Und ich, ich schaue besorgt und betroffen in den Sudan und mir kommen die Tränen. Aktuell findet dort der brutalste Krieg der Welt statt. Viele meiner Angehörigen sind dort. 150'000 Tote, mehr als 11 Millionen Menschen sind zur Flucht gezwungen. Das ist das Fazit eines Krieges zwischen zwei Männern. Bettina Junker, Geschäftsleiterin vom Hilfswerk Unicef sagt: «Sowas habe ich in meinem ganzen Leben noch nie gesehen.» Es fehlt an Wasser, Essen, Medikamenten, Strom. Ich freue mich sehr über diese Resolution der SP Schweiz. Wir trauern um die Zukunft, um unsere Hoffnungen. Die Sudanese:innen sind darauf angewiesen, dass darüber gesprochen und Unterstützungen geleistet wird. Wir müssen hinschauen.

Jon Pult für das Präsidium: Danke für die bewegenden Worte. Die Situation ist in einem Ausmass dramatisch, dass wir es als Präsidium wichtig fanden, diesem Anliegen Platz einzuräumen und am Parteitag eine Stimme zu geben. Sudan ist flächenmässig das drittgrösste

Land in Afrika. Ein Viertel der Bevölkerung ist vertrieben, 26 Mio. Menschen sind akut hungergefährdet. Man geht davon aus, dass es zu ethnischen Säuberungen kommt. Wenn die internationale Gemeinschaft es in den nächsten Wochen und Monaten nicht schafft, etwas zu tun, besteht die Gefahr, dass Millionen von Menschen sterben. Ich wiederhole darum unsere Forderungen: Intensivierung von Friedensverhandlungen, die Schweiz muss mehr tun, mehr Engagement im UNO-Sicherheitsrat, deutlich mehr humanitäre Hilfe sowie Entwicklungs- und Aufbauprojekte. Und der Schweizer Handelsplatz muss hinschauen, etwa beim Gold- und Rohstoffhandel. Denn genau darum kämpfen diese beiden Männer. Bitte stimmt dieser Resolution zu.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

R-8 Fabian Molina (SP EU Plattform) und andere: Es ist höchste Zeit, den Beitrag der Schweiz zur europäischen Integration, Sicherheit und Stabilität zu verstetigen und auszubauen

Fabian Molina: Das Jahr 2024 ist ein Schicksalsjahr für Europa: Wahlen im EU-Parlament sowie in anderen Mitgliedsstaaten. Die Rechte und extreme Rechte wurden gestärkt und konnten bereits Erfolge verzeichnen. Die EU-Kommission entschied sich in der vorangehenden Amtszeit für einen besseren Datenschutz, einen Green Deal, einen europäischen Mindestlohn. Das sind wichtige Errungenschaften, die jetzt in Gefahr sind. Fortschritt kommt nicht von allein. Er muss solidarisch erkämpft werden. Die Entsolidarisierung schreitet voran, deshalb muss sich die Schweiz in Europa beteiligen. Wir erwarten alle, dass der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU endlich abschliesst. Das Paket ist jedoch viel zu klein gedacht, es klammert viele Punkte aus. Deshalb schlagen wir heute diese Resolution vor. Die Schweiz muss sich an all den beschlossenen Massnahmen beteiligen. Stichwort Konzernverantwortung. Die Schweiz muss im Bereich Klimaschutz mehr tun und ihren Beitrag zu einem zukunftsfähigen Wirtschaftssandort leisten. Die Schweiz muss sich für eine europäische Sicherheitsinfrastruktur einsetzen und Verantwortung übernehmen. Wir müssen ein starkes Signal nach Bundesbern senden.

Lucien Schwed: Als Partei müssen wir uns für die internationale Solidarität einsetzen. Wir müssen die EU jedoch auch kritisieren können, doch Kritik kommt in der Resolution nicht vor. Wir müssen gegen das imperialistische System ankämpfen. Gleichzeitig wird in der Resolution das Proletariat geringeschätzt. Wir kennen die Verbrechen von Europa, Stichwort Frontex. Mit dieser Resolution würden wir dem zustimmen. In Europa herrscht eine Sicherheitswut, und die Kriegsbereitschaft soll gestärkt werden. Setzen wir uns stattdessen ein für Frieden und Abrüstung. Ich möchte euch auffordern, diese Resolution absolut abzuschmettern.

Gret Haller: Die Resolution geht weit über Binnenmarktzugang hinaus. Bitte tretet der SP-EU-Plattform bei. Sie verlangt den Beitritt der Schweiz zur EU. Das ist deshalb wichtig, weil es langfristig drei ideologische Lager geben wird: USA; Europa und China. Machtansprüche haben immer ideologische Grundlagen. Diese drei Lager gehen unterschiedlich mit Freiheit

und Gleichheit um. In den USA steht Freiheit ohne Gleichheit im Vordergrund. In China gilt Gleichheit ohne Freiheit. Nur in Europa wird Freiheit mit Gleichheit verbunden, seit der französischen Revolution. Diese europäische Grundlage wird in Europa durch die EU gesichert, unterstützt durch den Europarat im Bereich Menschenrechte. Gleichheit verbunden mit Freiheit ist seit jeher das Grundanliegen der Sozialdemokratie. Deshalb verlangen wir, dass sich SP weiter für einen EU-Beitritt einsetzt und bitten euch, der Resolution zuzustimmen.

Nicole Nickerson: Der aktuelle Zustand ist der Schweiz unwürdig. Globalisierung ist eine Realität. Globale Unternehmen bestimmen die Lebensrealität von Tausenden durch Ausbeutung, die Klimakrise eskaliert. Wir können diesen Herausforderungen nur gemeinsam und mit transnationalen Regelwerken begegnen. Projekte wie die EU sind der Schlüssel dazu. Die Schweiz braucht die EU, daher ist die rasche Umsetzung der Massnahmen nötig.

Matthias Meyer: Unterstützt die Forderungen der Plattform und appelliert an die Delegierten, der Plattform SP-EU beizutreten. Die aktuelle Aushandlung der bilateralen Verträge nähert sich dem Ende. Der Schutz der Löhne wurde offenbar geregelt. Die Bilateralen führen zu einer Annäherung und sind die erste Etappe auf dem Weg zum Beitritt. In der EU gibt es bereits einen Mindestlohn und auch andere progressive Anliegen sind in der EU bereits Realität. Ich hoffe auf einen Beitritt zur EU bis spätestens 2040.

Jon Pult: Das Präsidium unterstützt die Resolution, weil sie konsistent ist mit den Beschlüssen zur EU-Politik, der Partei und der Arbeit in der Fraktion. Es wurde die These vertreten, die EU sei im Beiwagen der USA ein Produkt des westlichen Imperialismus. Dem möchte ich widersprechen. Historisch ist die EU der recht gut gelungene Versuch, die europäischen Imperialisten zu überwinden. Es ist kein Zufall, dass der Staat, der wohl am wenigsten klar mit der imperialen Vergangenheit gebrochen hat, wieder ausgetreten ist (GB). Heute wurden in Georgien Wahlergebnisse kommuniziert. Wer in einem Land wie Georgien und Moldawien unbedingt Teil der EU sein will, will sich vor dem russischen Imperialismus schützen. Die Idee der Integration Europas entspricht der Idee, den Imperialismus zu überwinden. Wir sollten auf unserer pro-europäischen Linie bleiben, für einen guten und raschen Abschluss der Verhandlungen. Wir wollen flankierende Massnahmen und sozialen Fortschritt. Wir wollen einen Beitrag leisten zur europäischen Integration, die integriert und nicht in nationalistischer Logik funktioniert. Da darf sich die Schweiz nicht aus der Verantwortung stellen.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Deutliche Annahme.

R-9 des Präsidiums: Für eine gerechte Bewältigung der globalen Schuldenkrise: Solidarität, Verantwortung und Reformen für eine nachhaltige Zukunft

Fabian Molina vertritt die Position des Präsidiums. Die internationalen Schulden lassen sich auf den Kolonialismus zurückführen (Thomas Sankara, 1984 in Addis Abeba). Schuld an der Unterentwicklung vieler armer Länder ist die Verschuldung. Wenn ein Kind nicht zur Schule gehen kann, hat das auch mit dem globalen Finanzsystem zu tun, das zugunsten

des globalen Nordens ausgestattet ist. Es ist eine ideologische Frage. Wir wollen eine Reform der internationalen Finanzarchitektur hin zur UNO. Es braucht eine Entschuldung der Staaten des globalen Südens, das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Hoch die internationale Solidarität!

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

Lucien Schwed: Thematisiert die Zukunftsinitiative, gegen die von der Gegenseite bereits eine kräftige Kampagne geführt wird, und bittet um dringend benötigte Unterstützung.

Rosalina Müller: Wir brauchen eure finanzielle Unterstützung im Kampf gegen die Gegner, die bereits eine Website aufgeschaltet haben und auf Social Media aktiv sind. Sie verweist auf JUSOS, die mit Flyern am Ausgang stehen.

19. Varia

Es werden alle gebeten, die Kopfhörer zurückzugeben. Es folgt ein Dank an die SP Davos und die SP Kanton Graubünden für die Gastfreundschaft, der Gemeinde Davos und dem Kanton Graubünden, den Übersetzer:innen, die Technik, das Zentralsekretariat und alle Delegierten und Gäste für die Teilnahme und den interessanten Parteitag.

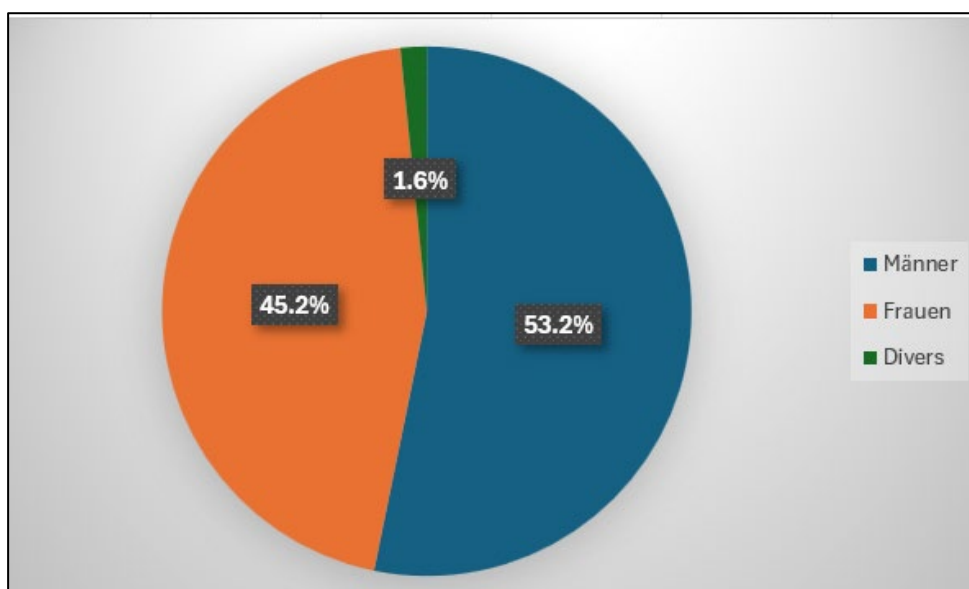
Der nächste Parteitag findet am 22. Februar 2025 in Brig statt, Versand 1 erfolgt bereits am 6. Dezember.

Zum Schluss wird die Internationale gesungen.

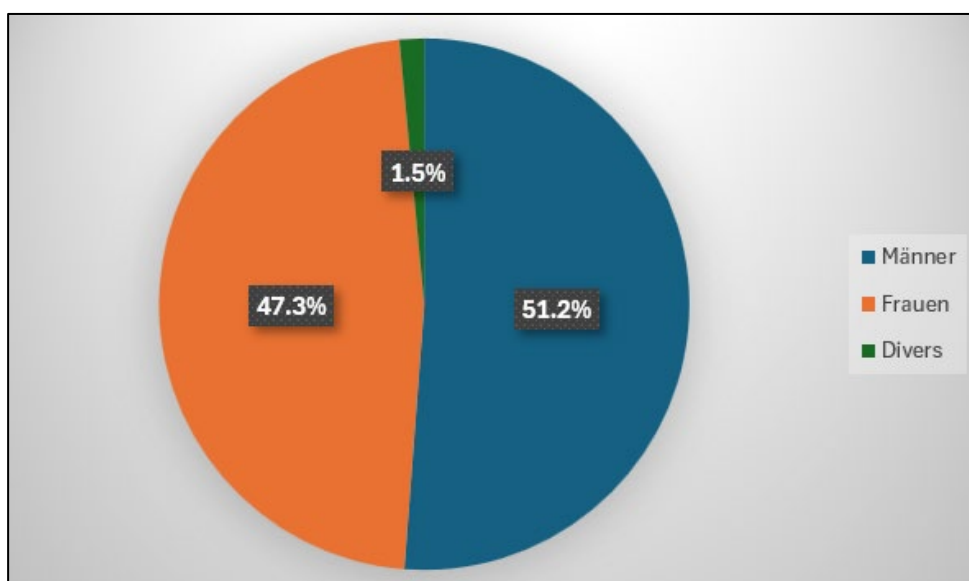
Gender Watch Protokoll

	Delegierte	Total in % Delegierte	Gäst:innen	Total sende	Anwe-	Total in % Anwesende
Männer	234	53.2%	46	280		51.2%
Frauen	199	45.2%	60	259		47.3%
Divers	7	1.6%	1	8		1.5%
Total	440	100%	107	547		100%

Anwesende Delegierte

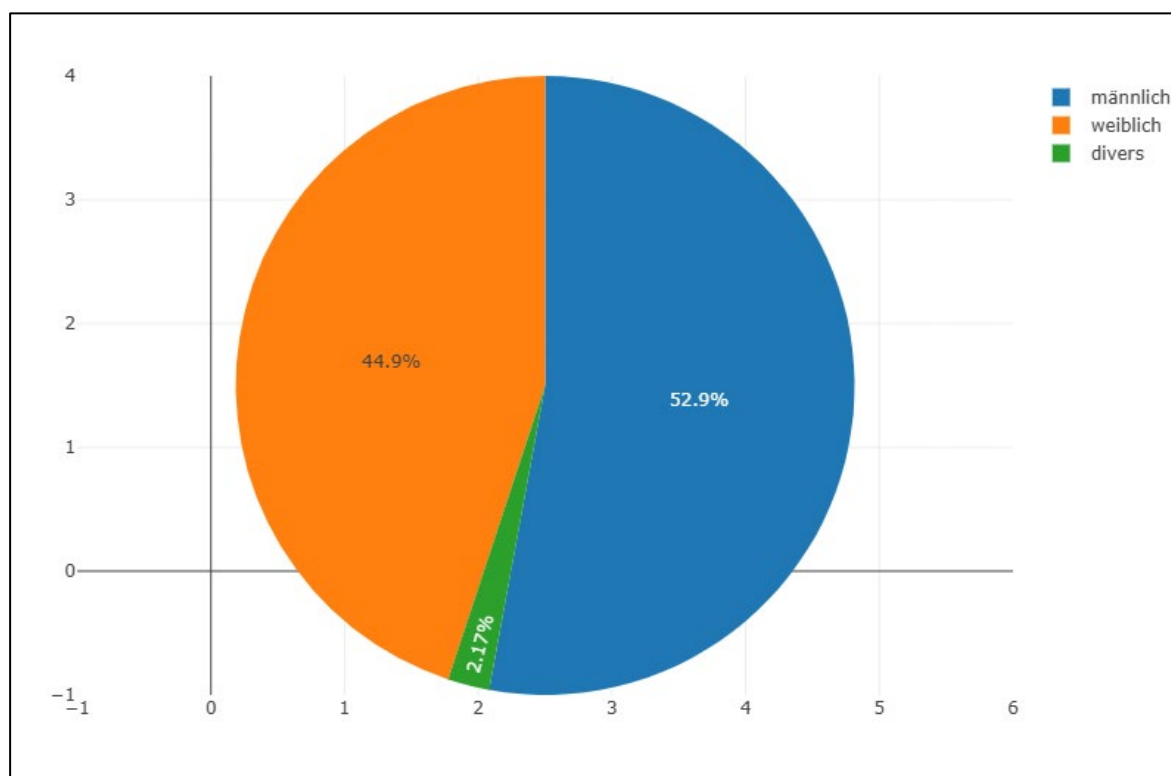


Total Anwesende

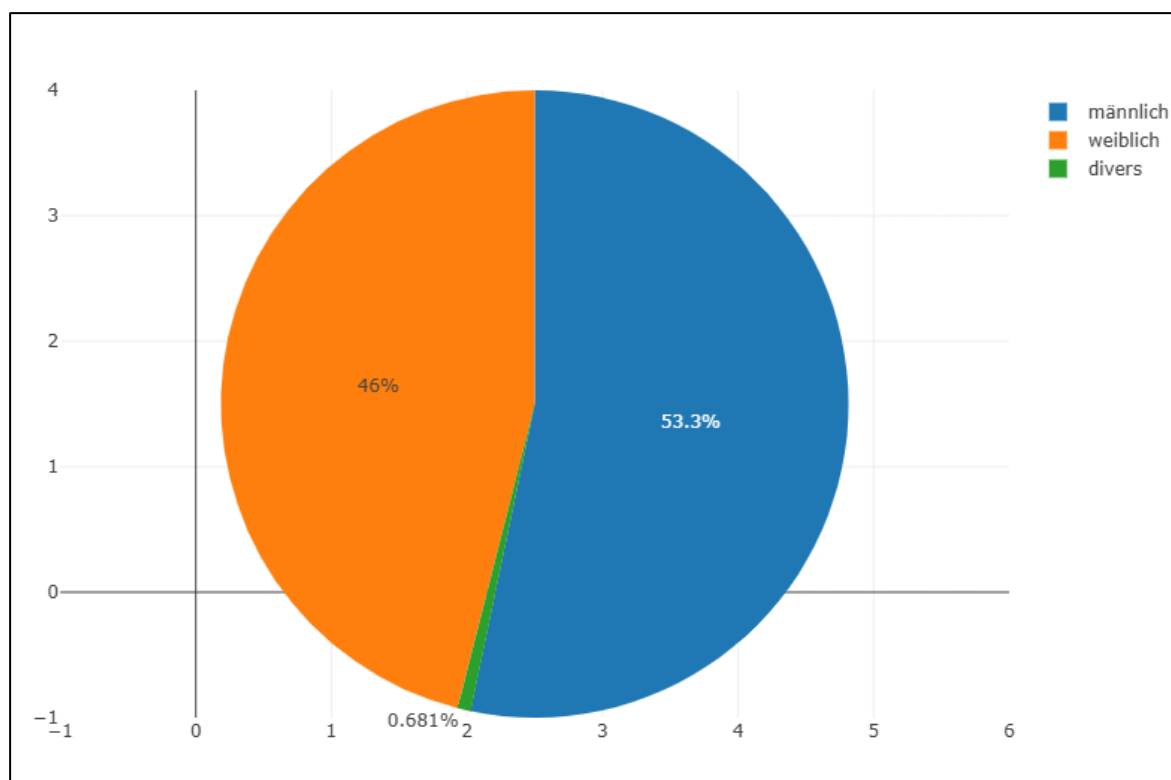


Auswertung aller Wortmeldungen

Anzahl

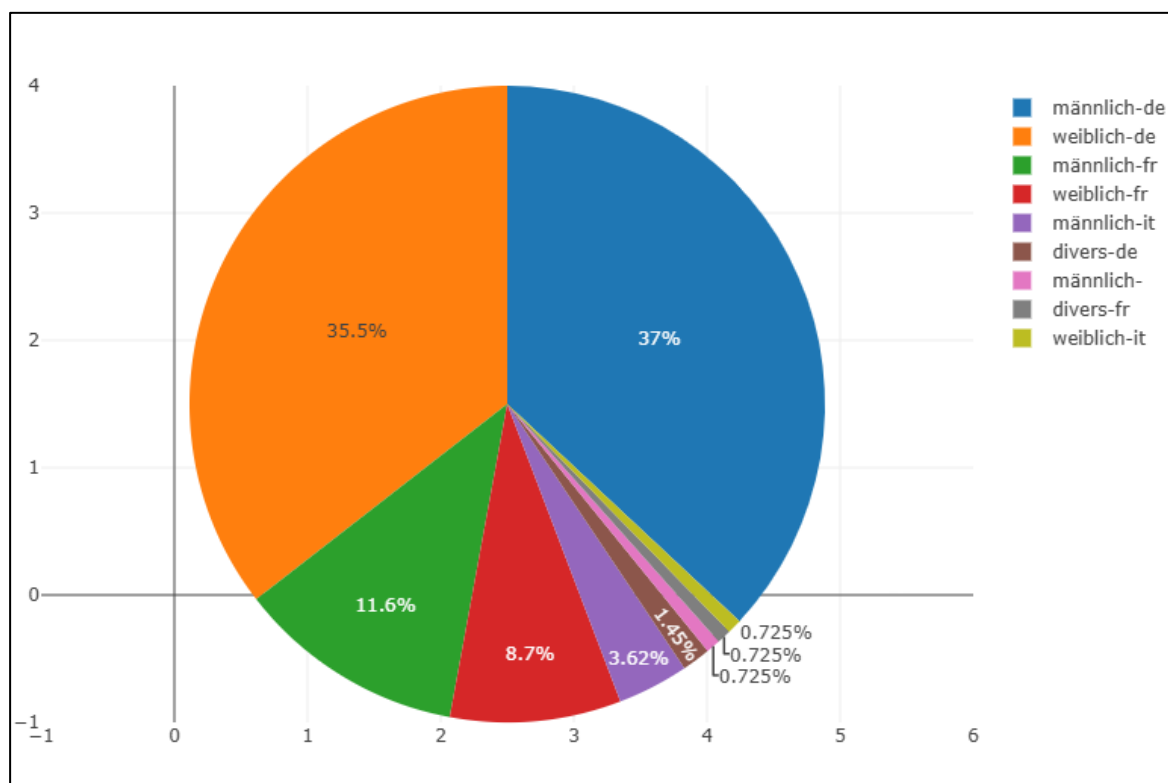


Dauer

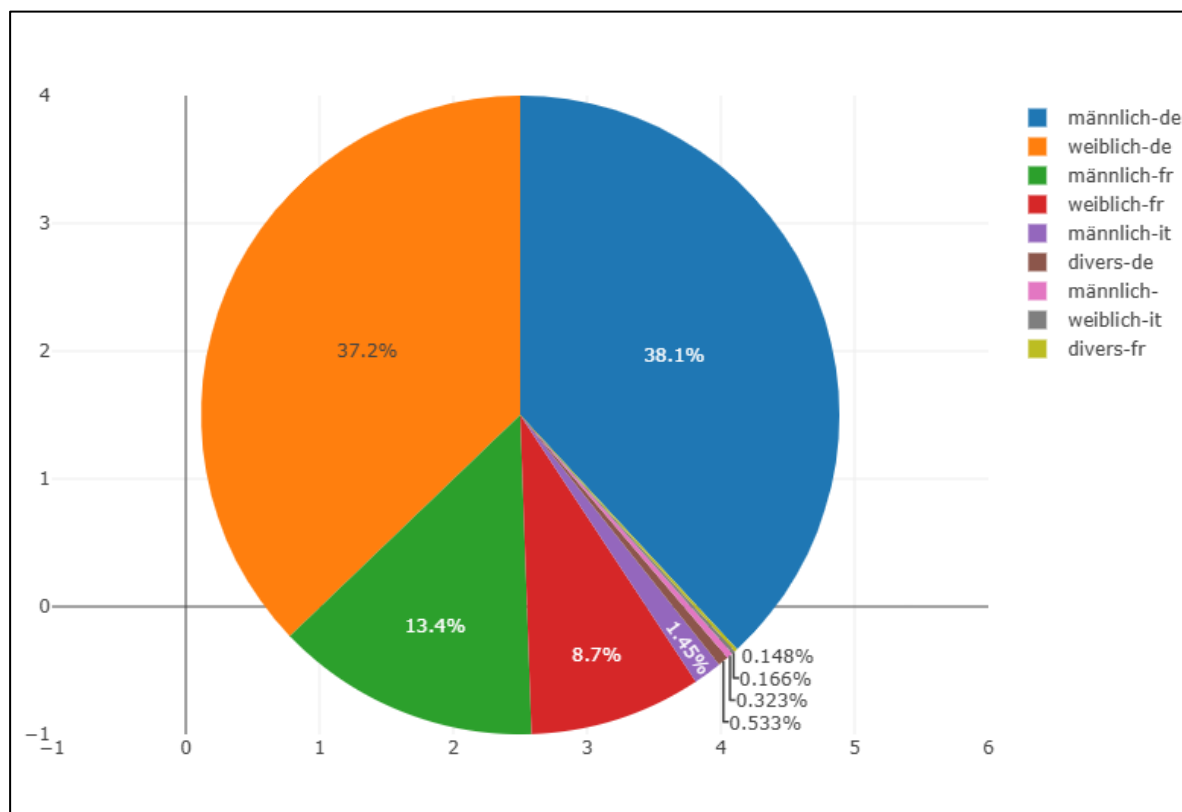


Auswertung der Wortmeldungen nach Gender und Sprache

Anzahl

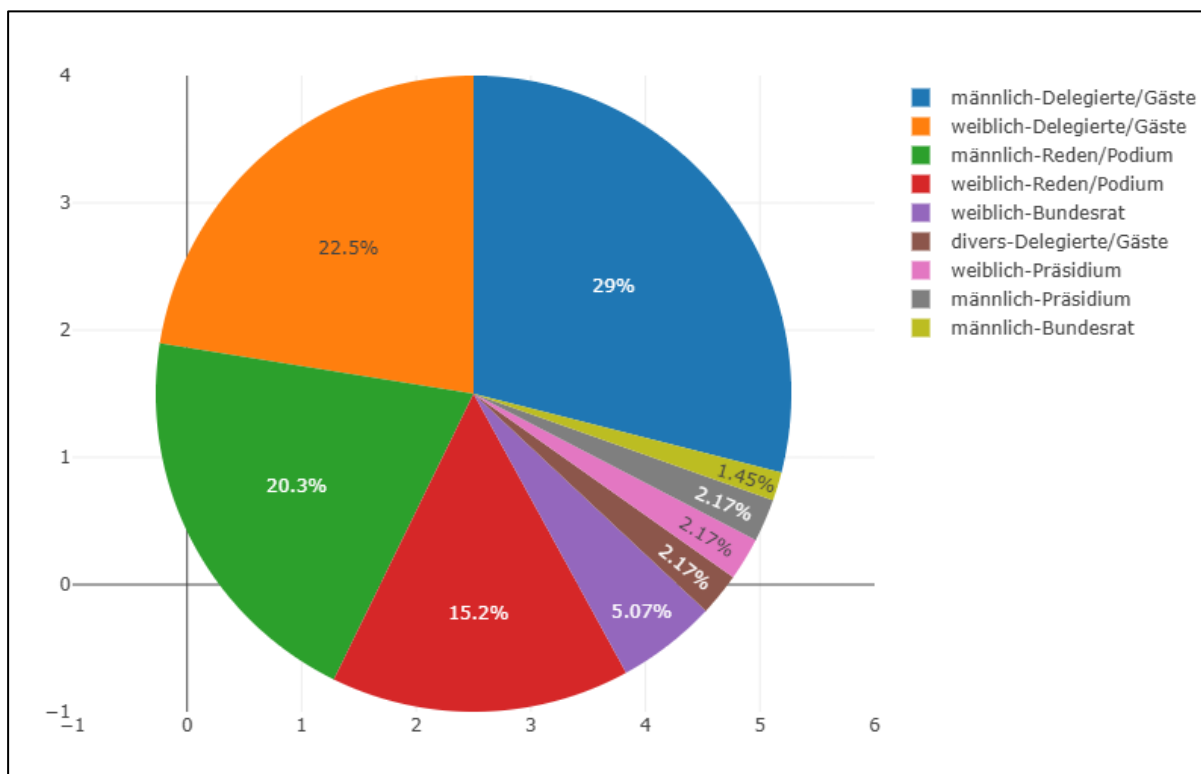


Dauer

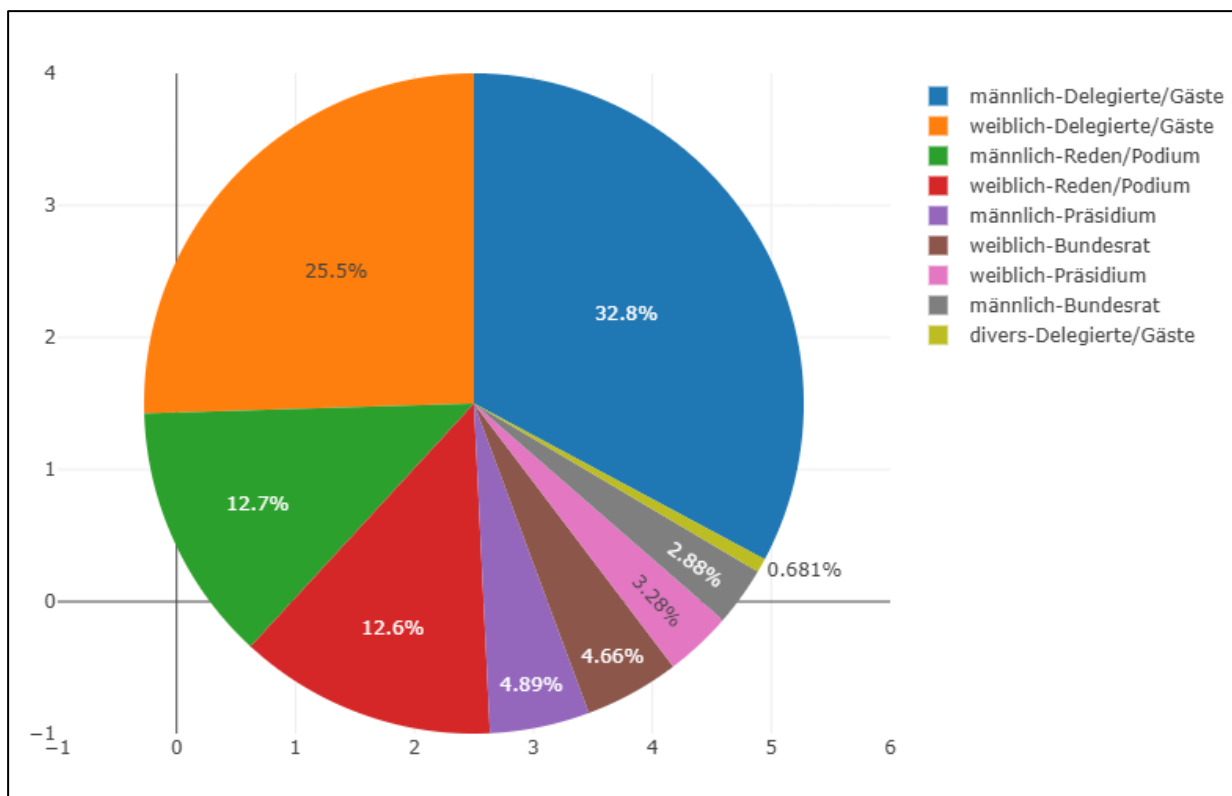


Auswertung der Wortmeldungen verschiedener Redner:innen-Gruppen

Anzahl

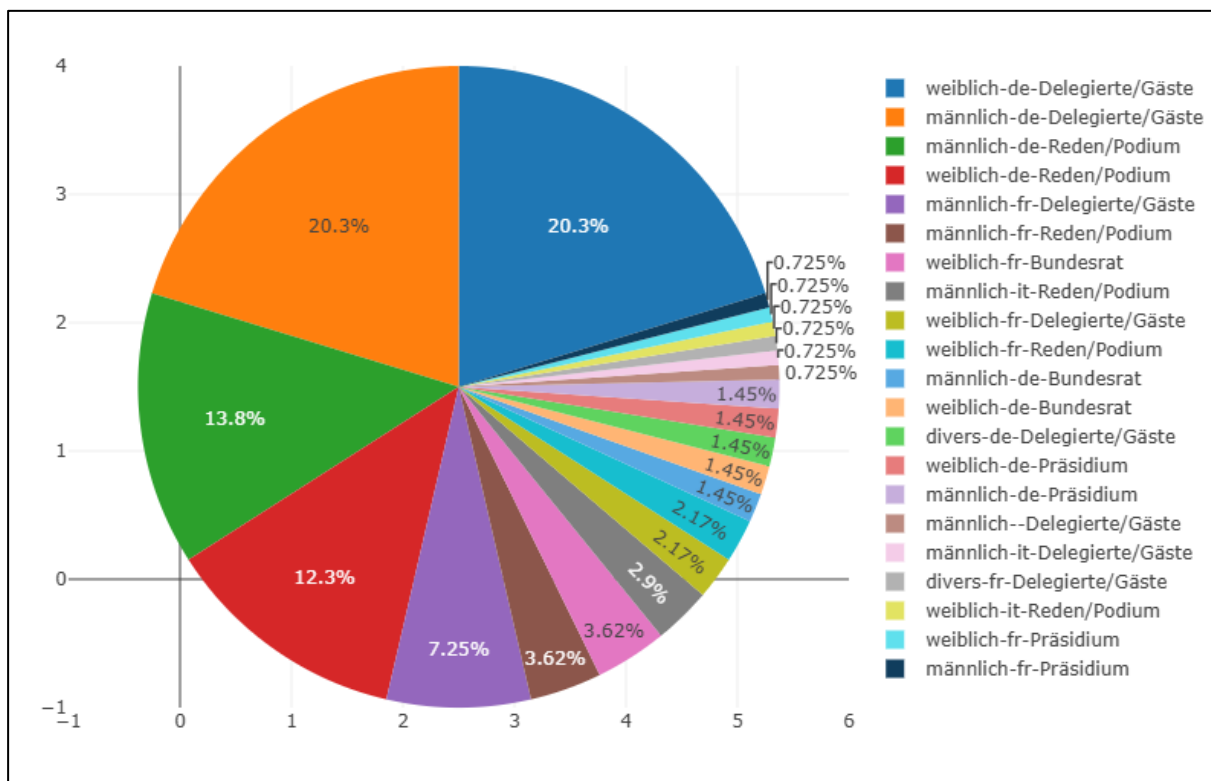


Dauer



Auswertung der Wortmeldungen verschiedener Redner:innen-Gruppen und Sprache

Anzahl



Dauer

